

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Sonntag, 23. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 352.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt für ein Jahr 12 Thlr. für ein halbes Jahr 6 Thlr. für ein Vierteljahr 3 Thlr. 1874. Die Preise für den Einzelverkauf sind in der Expedition zu erfragen.

Extrakt 2 Bgr. die schlagendsten Artikel oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, nach Art des Expeditions zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen,  
Nürnberg, Regensburg,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Braunschweig,  
Bielefeld, Düsseldorf,  
Hannover, Köln, Bonn,  
Aachen, Trier, Saarbrücken,  
in Berlin:  
A. Reimer, Schloßplatz,  
in Breslau: Emil Gabel.

## Erscheinen der Zeitung.

Am ersten Pfingstfeiertage erscheint keine Zeitung, weil die Ausgabezellen geschlossen sind. Unsere letzte Hauptnummer erscheint heute Abend um 7 Uhr und ist sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inserate für letztere werden bis 2 Uhr Nachmittags angenommen. Die kleine Abendausgabe fällt heute weg. Die nächste Nummer nach dem Feste erscheint Dienstag den 26. Mai Mittags.

## Die Reicheinnahmen im ersten Quartal 1874.

2. Berlin, 21. Mai. In England werden die Staatseinnahmen drei Tage nach Ablauf jeden Monats veröffentlicht. Das Steigen und Fallen derselben gestattet werthvolle Schlüsse auf die Wirkung neuerlassener Gesetze sowohl wie auf die allgemeinen Verhältnisse in der Volkswirtschaft. In Preußen erfuhr man den Zustand des Staatshaushalts früher erst nach mehreren Jahren bei Gelegenheit der Rechnungslegung. Dies ermöglichte der Regierung durch Fiktion von Defizits in den Etats Steuererhöhungen durchzusetzen zu einer Zeit, wo in Wirklichkeit der Staatshaushalt schon große Ueberschüsse zeigte. Auch jetzt erhält der preussische Landtag von den Ergebnissen des Staatshaushalts keinerlei Kenntnis bis zum Kasenabschluss drei Monate nach Ablauf des Jahres. Im Reichshaushalt dagegen ist jetzt — vermuthlich auf Veranlassung von Michaelis — eine England ähnliche Einrichtung durchgeführt. Das „Reichs-Centralblatt“ veröffentlicht die Reicheinnahmen seit dem vorigen Jahre allmonatlich freilich immer erst bei Beginn des zweifolgenden Monats nach dem Abschluß. Die Veröffentlichungen über das erste Quartal d. J., welche hier folgen, sind besonders interessant, wenn man sie mit dem ersten Quartal 1873 vergleicht, der Endperiode in der Gründungszeit unmittelbar vor dem Wiener Krach. Im selben Quartal 1872 hatten die Gründungen den Höhepunkt noch nicht ganz erreicht.

	1872	1873	1874
Bölle	9,594,272 Thlr.	12,174,349 Thlr.	8,886,154 Thlr.
Rübensteuer	3,508,727 „	5,774,005 „	7,004,671 „
Salzsteuer	2,497,156 „	2,506,183 „	2,661,273 „
Brantweinsteuer	3,294,551 „	3,592,931 „	3,754,655 „
Brausteuern	1,307,533 „	1,463,318 „	1,598,963 „
Wechselstempel	537,024 „	665,865 „	615,627 „
Post	7,483,270 „	7,261,797 „	7,778,450 „
Telegraphie	793,510 „	902,256 „	841,134 „
Reichseisenbahnen	—	1,935,741 „	1,910,381 „

Der bedeutendste Rückgang von 1874 gegen 1873 — um 30 Prozent zeigt sich bei den Böllen. Hier hat sich die Krise am stärksten geäußert. Verstärkt worden sind ihre Wirkungen noch durch die Abnahme der Kaffeefuhr in Folge der durch Mißrathen der Ernte bedingten Preissteigerung. Bei den 25 bedeutendsten Hauptämtern des Zollvereins traten im ersten Quartal 1874 69,000 Zentner Kaffee weniger in freien Verkehr als im vorhergehenden Quartal und 85,000 Zentner weniger als im ersten Quartal 1873. Auch ist nicht zu verkennen, daß im Vorjahr die Besorgnis vor einer Erhöhung des Tabakzölles eine starke Einfuhr und damit höhere Einnahmen aus diesem Artikel veranlaßte. Im ersten Quartal 1873 traten 245,360 Zentner Rohtabak in freien Verkehr, in diesem nur 74,126 Zentner. Wenig Einfluß auf den Einnahmeausfall scheint die Aufhebung des Kasseisenzölles, bezweckend die Ermäßigung des Zölles von verarbeitetem Eisen gehabt zu haben, da die Einfuhr davon in Folge der veränderten Konjunkturen nachgelassen hat. Der Rückgang der Wechselstempelsteuer gegen 1873 um etwa 7 Prozent ist geringer, als sich bei dem verminderten Geschäftsverkehr erwarten ließ. Interessant ist die Wahrnehmung, daß der Rückgang nur die Hauptplätze Berlin, Frankfurt, Bremen, Hamburg, sodann Danzig, Kiel, Posen, Schlesien, Hannover trifft, während die übrigen Oberpostdirektionsbezirke sogar ein Plus zeigen.

Gleichfalls unter der Abnahme der Spekulationsgeschäfte leiden die Einnahmen der Telegraphie trotz der seit vorigem Sommer eingetretenen bedeutenden Vermehrung der Linien und Leitungen. Auch ist wohl die Zunahme internationaler Konfurrenzlinien an der Einbuße Schuld. Im Etat hatte man statt auf eine Verminderung um 7 Prozent vielmehr auf eine Erhöhung um 10 Prozent gerechnet.

Die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen folgen trotz ihres gerühmten Tarifsystems dem allgemeinen Eisenbahnschicksal. Die Mindereinnahme ist zwar an und für sich gering, doch bleibt zu erwägen, daß die Linien seit 1873 um ein Zwanzigstel erweitert worden sind und diese Eisenbahnen schon 1873 kaum die Betriebskosten deckten. — Mehreinnahmen gegen das Vorjahr (um 21 Prozent) ergibt die Rübensteuer, eine Folge der guten Ernte, welche vom 1. September bis 1. April 70 Millionen Rüben statt 63 Millionen im Vorjahr zur Verarbeitung lieferte. — Brantwein-, Bier- und Salzsteuer beweisen durch die stetige Steigerung die Vermehrung des Konsums in großen Volkschichten — eine Folge der gestiegenen Arbeitslöhne. Doch wirken hier nachhelfend bei der Brantwein- die vom 1. Januar 1873 begonnene Besteuerung der Surrogate und bei der Brantweinsteuer

die Erweiterung ihres Gebietes auf Elsaß-Lothringen seit 1. Juli 1873. Die Einnahmen der Post sind trotz der seit Januar in Wirklichkeit getretenen Ermäßigungen des Porto's für Pakete und Werthsendungen gewachsen; freilich sollen mit dem vergrößerten Paketverkehr auch die Ausgaben erheblich gestiegen sein. — In Summa ergeht sich für das Reich gegen 1873 eine Mindereinnahme von 1,640,000 Thalern. Voraussichtlich wird dieselbe durch die Ergebnisse von April und Mai noch mehr sich steigern. Auch wird der Ertrag der Rübensteuer durch Ausfuhrkonfiskationen noch erheblich abnehmen. Erst von Juni ab darf man in der relativen Abnahme der Reicheinnahmen einen Stillstand erwarten, da von da ab auch im vorigen Jahre mit Eintritt der Krise sich die Einnahmen geringer stellten. Ob das Jahr 1874 schließlich noch dem Jahre 1873 gleichkommen wird, hängt von der Frage der allmähigen Wiederbelebung des Verkehrs und dem Ausfall der Ernten ab. Sollte aber auch das Defizit sich noch ausgleichen, so wird doch das Jahr 1874 dem Jahre 1876 bei Weitem nicht einen solchen Ueberschuß abliefern können, wie ihn 1873 für 1875 und 1872 für 1874 abgeliefert haben (13 Millionen). Schon darum ist dies nicht möglich, weil inzwischen das Etatsoll (um 11 Millionen pro 74 gegen 73) höher angelegt ist.

## Zu den Berliner Oktober-Konferenzen II.)\*

Wem gehören die Gymnasien und Realschulen?

Die Konferenz hat diese Frage wieder ausdrücklich gestellt noch in befondere Erwägung gezogen, sie streift dieselbe nur im Vorbeigehen und giebt dabei nicht unendlich zu verstehen, es sei auch heute noch wünschenswerth, daß Kommunen und Private für Schulzwecke eintreten und den Staat unterstützen. Die gegentheilige Ansicht scheint uns die allen Verhältnissen entsprechendere zu sein, und darüber einige Worte der Verständigung.

Die höheren Schulanstalten sind von der Kirche ausgegangen, und die Form der mittelbaren und unmittelbaren kirchlichen Stiftungen ist die lateinische Schule, die noch im Anfange dieses Jahrhunderts selbst in Preußen vielfach vorgefunden wird. In der That, in denen Geistes allein im Besitze der Gelehrsamkeit waren, und demnach auch weltliche Aemter übernahmen, sind längst verschwunden, eben so wie diejenigen, in welchen Kenntniß der lateinischen Sprache das Charakteristische einer höheren Bildung ausmachte. Die älteren Stiftungen geriethen in Verfall, und die Säkularisationen von 1803 brachten eine Masse von Kirchengut an den Staat, der damit die Verpflichtung übernahm, dasselbe namentlich für Schulzwecke zu verwenden. Daher kommt es, daß in den Staaten, welche sich vordem eine evangel. Landeskirche beilegte, so namentlich in Preußen, die katholischen Gymnasien mit wenigen Ausnahmen unter königlichem oder vielmehr staatlichem Patronate stehen, während die meisten protestantischen Anstalten von Familien- oder Kommunal-Verbänden geleitet werden. Erst in unseren Tagen haben sich zahlreiche kleine Städte um höhere Schulanstalten bemüht; die Beamten solcher Orte wünschten dieselben, die reichen Patrizier waren nicht dagegen, und andere Bürger erwarteten Verdienst und Erwerb durch Schulgeld und Pensionate. Die andauernde Entwerthung des Geldes jedoch, welche höhere Gehalte und vermehrte sachliche Ausgaben kaum erschwänglich machte, daß Zurückweichen von allen Einrichtungen, welches unzulängliche Ausbilde an Lehrkräften und Lehrmitteln nicht gestattet, der rasche Aufschwung der Wissenschaften, der an die Schulen höhere Anforderungen als bisher stellt und sie in steter Bewegung erhält, welcher eine städtische Verwaltung kaum folgen kann, haben solche Spekulationen verunglücken lassen, und seit 1867 geben höhere Schulanstalten dieser Art in die Zentralverwaltung des Staates über, wobei den einzelnen Kommunen doch noch manche Lasten verbleiben, die sie indeß gern übernehmen, um eine höhere Schule zu behalten, und auch einen Theil des erhofften notariellen Gewinns zu retten.

Förderung der Wissenschaft ist Sache des Staates, denn er besitzt allein die Mittel, diese Förderung in ausreichendem Maße zu gewähren und was nicht wenig sagen will, vor unnötiger Zersplitterung zu bewahren; sie ist Pflicht des Staates, der die Wissenschaft nicht entbehren kann, sei es um die Volkskräfte zu befruchten, auf daß Industrie, Technik und Gewerbe gehoben werden, sei es um die idealen Anschauungen zu wahren, die das menschliche Leben auf sittlicher Höhe erhalten, oder sei es speziell, um Militär- und Zivilbeamte vorzubilden, die die innere und äußere Stabilität des staatlichen Ganzen gewährleisten. Diese Rücksichten eignen selbst in größern Städten die höhern Bildungsanstalten dem Staate zu, denn auch in diesen wird die Ausbringung der erforderlichen Mittel eine nicht unwichtige Frage, namentlich da Elementar- und Mittelschulen bedeutende Summen erheischen, und es nicht von selbst einleuchtend erscheint, daß eine große Zahl der Bürger für Zwecke belastet wird, die nicht in ihrem Bereiche liegen. Wenn man auf die freihetliche Richtung hingewiesen hat, welche sich in Schöpfungen kommunaler Schulanstalten dokumentiert habe, und wenn wir dieses Moment auch nicht ganz unterschätzen wollen, so ist doch nicht zu leugnen, daß es nur in sehr leisen Schwingungen in die Erscheinung getreten ist, und daß es nur in Uebergangsperioden einige Aufmerksamkeit beanspruchen kann. Andererseits hat eine größere Kommunalverwaltung gewiß durch sich selbst die Bedeutung, auf eine Staatsanstalt einen indirekten Einfluß auszuüben, etwa durch geeignete Anträge bei der Verwaltung, der ihrem direkten Aufsichtsbereich über eigene Anstalten nicht nachstehen dürfte. Das Wahlrecht der Magistrate oder städt. Kuratoren ist meist mit beklagens-

\*) Vgl. Nr. 205 der Posener Ztg.

werthen Ungleichheiten oder rücksichtslosen Härten verbunden, zum Theil auch illusorisch, da das Bestätigungsrecht des Staates immer über demselben gleich einem Vamoklesschwert schwebt. Wenn man endlich die Pietät anruft, die das von Vorfahren Geschaffene erhalten will, so wollen wir das Erhalten geben, über die Weise des Erhaltens aber die Frage offen lassen. Patriotisches Bürgerthum kann sich auch im Schulwesen noch mehr betätigen als bisher, an Gelegenheit wird es nicht fehlen, selbst wenn wir darauf bestehen müssen, daß alle Gymnasien und Realschulen ohne Ausnahme in die direkte Verwaltung des Staates eingewiesen werden.

## Die Stellung Belgiens

wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendermaßen diskutiert:

Wie bereits gestern erwähnt, ist neben andern oder vielmehr neben allen andern größeren französischen Blättern auch die „Republique française“ der Ansicht, daß die Betonung der Vertragsverpflichtungen Englands durch Lord Derby, welche „probablement“ Belgien gegolten habe in erster Linie gegen Deutschland gerichtet sei. Sollte die „Republique française“ ausnahmsweise die Absicht haben, sich über diesen Gegenstand eingehender unterrichten zu wollen, so sei ihr das Studium des „Belgique militaire“ vom 15. März d. J. empfohlen, welches Blatt der darauf befindlichen Anzeige zufolge 46 rue de la Madeleine in Brüssel zu haben ist. Die militärische Fachschrift bringt in der betreffenden Nummer einen Artikel: „La Belgique entre la France et l'Allemagne“, in welchem an der Hand historischer Dokumente nachgewiesen wird, daß von jeher und immer jegliche Bedrohung der Selbstständigkeit und Integrität Belgiens nur von Frankreich ausgegangen ist. Das Blatt sagt:

„Nous avons acquis la preuve matérielle qu'un gouvernement, avec lequel nous vivions en pleine paix, cherchait dans l'ombre à trafiquer de la liberté et de l'indépendance de 5 millions de Belges.“

Es wird alsdann der bekannten Benedetti'schen Entwürfe und der Intervention Englands zu Gunsten Belgiens im Jahre 1870 gedacht. Mr. Gladstone erklärte damals dem Parlament, daß auf das Verlangen des britischen foreign office, einen neuen Vertrag für die Dauer des Krieges abzuschließen, die französische Regierung ausweichend, die preussische beständig behändig geantwortet habe; der Kaiser des norddeutschen Bundes akzeptierte die Vorschläge Englands mittelst einer gehenden telegraphischen Antwort. „Belgique militaire“ reproduziert alsdann die Anmerkungen Napoleon des Dritten auf dem Benedetti'schen Vertrags-Entwurf, namentlich die Stelle, an welcher der Kaiser es für eine „occasion toute naturelle presque obligatoire“ bezeichnet, sich Belgien zu bemächtigen, worauf Herr Benedetti vorschlägt, mit der luxemburger Angelegenheit zu warten, bis auf Belgien Hand gelegt sei (lors de la main-mise sur la Belgique). Das Blatt rekapituliert darauf die ganze Geschichte dieser französischen Pläne auf Belgien und erinnert an eine Aeußerung des imperialistischen Organs „Pays“ vom Jahre 1868, welches mit dem der bonapartistischen Presse eigenen Zynismus damals wörtlich schrieb: „An dem Tage, wo die ersten weißen Schürzen eines französischen Sapeur-Regiments in Brüssel sichtbar werden, wird Brüssel und mit ihm ganz Belgien ihnen entgegengestanden wie David der Bundeslade.“ Später schrieb dasselbe Blatt wörtlich:

„Il serait temps que le drapeau français s'étendit sur tout ce pays (la Belgique), exploité par un gouvernement de ramollis et d'oungues, incapables de régner et de gouverner, et couvert de ses plis honorés ce qui, pour l'univers entier, est une tache salissante et déshonorante.“

Damit sich aber nicht der Glaube einnistet möge, daß die Imperialisten allein die Annexion Belgiens als Glaubensartikel betrachten, erinnert das Blatt an die Handlungsweise des Herrn Ledru-Rollin im Jahre 1848, der nichts Anderes gethan habe, als was Napoleon III. vor und nach 1866 versuchte. Herr Thiers habe mehr als einmal gesagt, daß Belgien ein integrierender Theil Frankreichs sei. Dies werde jedem Franzosen schon im zartesten Kindesalter gelehrt und zwischen den verschiedenen Parteien, welche sich um die Regierung in Frankreich streiten, existire in Bezug auf die Annexion Belgiens keine Rivalität.

Geben wir aus dem umfangreichen Aufsatz noch den folgenden Passus hervor:

„Alles in Allem — so leben wir Frankreich gegenüber seit dem Jahre 1848 in einem Zustande ewigen Mißtrauens. Wir sind keineswegs gemeint, die 10 Milliarden, das Resultat seiner Thorheit von 1870, zahlen zu helfen, und Niemand bei uns denkt daran, die Geschichte Belgiens mit denen einer Nation zu vereinigen, deren fortwährende Umwälzungen die Welt verwirren und erschrecken. Wir haben übrigens noch einen besseren Grund, die Träume der französischen Annexionisten zurückzuweisen. Ein freies Volk hat kein Verlangen nach der Knechtschaft, und Nichts könnte uns eine Dynastie und Institutionen verpassen machen, welche seit 40 Jahren unser Glück und unser Stolz sind und uns die Achtung der ganzen Welt eingetragen haben.“

Wir haben unsererseits dieser loyalen, soldatischen belgischen Stimme nichts hinzuzufügen.

## Deutschland.

Berlin, 21. Mai.

— Die „Prov.-Korr.“ hob in dem Ueberblick über die Arbeiten der beendeten Landtags-Session auch die Verdienste des Herrenhauses um den Abschluß derselben hervor. Die „Nat.-Ztg.“ knüpft daran folgende beachtenswerthe Auslassungen:

Natürlich kann sich dieses Lob nur auf die neue Mehrheit des



Hausen beziehen. Daß diese jetzt zur sicheren Herrschaft in demselben gelangt ist, ist allerdings ein nicht zu unterschätzender Gewinn der Session, für welchen das Verdienst insbesondere auch denjenigen älteren Mitgliedern gebührt, welche nicht versäumt haben, ihre politischen Ueberzeugungen an der Hand der großen Ereignisse der letzten Jahre zu berichtigen oder wenigstens dem Wohl des Vaterlandes unterzuordnen. Erst dadurch ist die Isolierung der verderblichen Tendenzen der von Herrn von Kleist-Rogow geführten Fraktion Stahl erreicht und für unsern Staat die Bahn ruhiger und regelmäßiger gesetzgeberischer Entwicklung geebnet. In das fruchtbare Einberufen, welches in der parlamentarischen Campagne des Winters zwischen der Regierung und der Mehrheit der aus Volksmahlen hervorgegangenen legislativen Körperschaften (des Reichstages und Abgeordnetenhauses) festgestellt ist — worin der eigentliche Erfolg der letzten Session liegt — ist nun auch die Mehrheit des Herrenhauses eingeschlossen und dadurch die Bürgerkraft verstärkt, daß unsere Gesetzgebung, frei von einseitigen Parteirücksichten, auf dem Wege billigen Ausgleichs aller einander entgegenstehenden Interessen zum wahren Wohle des Vaterlandes vorwärtsschreiten und auf diese Weise die Parteigegensätze im Lande immer mehr mildern werde. In gleicher Richtung im Lande thätig zu sein, wird nunmehr sowohl die Pflicht der in die Heimath zurückkehrenden Abgeordneten, wie namentlich auch aller derjenigen Bürger sein, welche die erfreuliche Entwicklung, in welche unser Staat so wirksam eingetreten ist, zu unterstützen und zu fördern gewillt sind. Die Abgeordneten der nationalliberalen Partei sind gestern in einer Fraktionsitzung noch mit der Frage der Organisation der Partei beschäftigt gewesen und haben es für unumgänglich erkannt, daß der in Berlin weilende Parteivorstand in fester Verbindung mit lokalen, in den einzelnen Wahlbezirken zu bildenden politischen Vereinen bleibe, welche ihrerseits die aufklärende Thätigkeit fortzusetzen hätten, für welche durch die Arbeit der parlamentarischen Körperschaften der Boden bereitet und die Richtung bezeichnet ist.

Der Professor E. Curtius ist von seiner Reise nach Griechenland hierher zurückgekehrt und hat am Dienstag seine Vorlesungen an der Universität wieder eröffnet. — Der wissenschaftliche Verein hat durch seinen Vorsitzenden, Prof. Dr. Gneist, aus dem Eintrittsgeld seiner Vorlesungen in diesem Jahre dem Magistrat wieder 1000 Thlr. überwiesen, um sie zum Besten der Volks-Bibliotheken zu verwenden.

Ueber die Frage, welcher Zivilbehörde die Vollstreckung der gegen Militärpersonen unter Entlassung aus dem Soldatenstande erkannten Freiheitsstrafe obliege, bestehen, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, zwischen den preussischen Ministerien des Krieges und des Innern verschiedene Ansichten, indem ersteres den Heimathsstand des Verurtheilten dazu für verpflichtet erachtet, letzteres aber das forum delicti commissi für maßgebend hält. Wenngleich von zünftigiger Seite die prinzipielle Regelung dieser Frage in dem Entwurf zu einer neuen Militär-Strafprozeßordnung in Aussicht gestellt ist, so hat doch inzwischen diese Differenz bereits zu Unzuträglichkeiten, so neuerdings in Mecklenburg, geführt und hat die Regierung Mecklenburg-Schwerins ihren Bevollmächtigten beim Bundesrathe angewiesen, eine vorläufige Entscheidung der obengedachten Frage durch den Bundesrath in der Richtung zu beantragen: „Daß der Heimathsstaat verpflichtet sei, die gegen Militärpersonen erkannten Freiheitsstrafen dann zu vollstrecken, wenn nach § 15 des Militärstrafgesetzbuchs vom 20. Juni 1872 die Vollstreckung auf die bürgerlichen Behörden übergeht.“

Das neueste „Justiz-Min.-Blatt“ enthält folgende Personalveränderungen: Dem Stadter- Rath Meinelte hier selbst ist vom 1. Juli d. J. ab die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension ertheilt. Dem Kreisrichter Nachstaedt in Heiligenbeil ist die Funktion als Dirigent der Ger.-Deput. daselbst übertragen. Der Kreisrichter Schmidt in Senftenberg ist an das Kreisger. in Rottbus versetzt. Die von der kaufmännischen Korporation in Stettin getroffene Wahl des Kaufmanns Richards daselbst als kaufmännischer Assessoren bei dem dortigen Sec- und Handelsger. an Stelle des ausgeschiedenen Kommerz-Raths Leitzte ist bestätigt. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. v. Stöckhausen bei dem Kreisger. in Braunsherg mit der Funktion bei der Ger.-Deput. in Heiligenbeil, der Ger.-Ass. Dr. Strohl bei dem Kreisger. in Breslau, mit der Funktion als Ger.-Komm. in Canth, der Ger.-Ass. Dittmar bei dem Kreisger. in Kempen, und der Ger.-Ass. Arndt bei dem Kreisger. in Groß-Strehlitz, mit der Funktion als Ger.-Komm. in Ujest. Der Rechtsanwält und Notar, Justizrath Bapohr in Bülau, und der Rechtsanwalt

und Notar Derckmann in Erwitte (Kreisger.-Bez. Lippsstadt) sind gerufen. Der Stadter-Rath Behmann hier selbst ist in Folge seiner Ernennung zum kaiserlichen Reg.-Rath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichskanzleramt aus dem Justizdienste geschieden.

**Marienwerder, 16. Mai.** Die Klassensteuer-Orts-Einschätzungs-Kommission eines adeligen Rittergutes hatte sich bei dem Finanz-Ministerium über die Regierung zu Marienwerder wegen Verletzung des § 10 des Gesetzes vom 25. Mai v. J. beschwert, weil diese Behörde entgegen dem Gutachten der beschwerdeführenden Kommission wesentliche Steuererhöhungen vorgenommen hatte, ohne vorheriges Einfordern eines nochmaligen Gutachtens. Das Finanz-Ministerium hat darauf folgendes Reskript erlassen:

„Auf die über das Verfahren, welches von der königl. Regierung zu Marienwerder bei Feststellung der Klassensteuerbeträge in der Ortschaft N. N. beobachtet worden ist, angebrachte Beschwerde wird Ihnen eröffnet, daß allerdings in Folge der von dem Ortsvorsteher gegenüber dem Landrathe des Kreises abgegebenen Erklärung, die Einschätzungs-Kommission werde sich zu einer Abänderung der Einschätzungen, welche sie für richtig halte, nicht verstehen, es unterblieben ist, dieselbe über die einzelnen bei der Revision in Aussicht genommenen Erhöhungen zu hören, wie dieses der Vorschrift im § 10 des Gesetzes vom 25. Mai v. J. entspricht. Der königl. Regierung ist daher die künftige genaue Beachtung dieser Vorschrift selbst für den Fall, daß auf eine eingehende Aeußerung der Kommission nicht zu rechnen ist, empfohlen worden. Eine Abänderung der für dieses Jahr einmal festgesetzten Klassensteuer-Rolle kann jedoch nicht erfolgen, und es muß den einzelnen Klassensteuerpflichtigen überlassen werden, insofern sie glauben, daß die in der Rolle festgesetzten Steuerbeträge nach ihren Verhältnissen zu hoch seien, ihre Reklamation rechtzeitig im vorgeschriebenen Wege anzubringen.“

Mit diesem gefindnen Tadel, welchen der Herr Minister der Regierung ertheilt hat, bemerkt der „Gef.“, ist den mit Steuern vermeintlich Ueberbürdeten natürlich wenig gedient, denn durch das ganze Jahr hindurch müssen sie nicht nur die erhöhte Klassensteuer, sondern auch im Verhältnis dazu die sämtlichen Kommunalabgaben aufbringen. Der Rath, auf dem üblichen Reklamationswege eine Milderung der Steuerlast zu erwirken, ist zudem von sehr zweifelhaftem Werth, da dieser Weg mit mancherlei Unkosten verknüpft ist.

**Essen, 20. Mai.** Bezüglich des nach der „Essener Zeitung“ mitgetheilten Vorganges bei der Prozession von Bocholt (Vorbeck) nach dem Fliegenbusch bemerkt dieses Blatt heute, daß die von den Prozessionsgängern angefallenen Personen, nachdem ihnen vom Bürgermeisterrat zu Vorbeck die protokolllarische Vernehmung abgeschlossen worden ist, sich an den Reichskanzler telegraphisch gewandt haben. Daraus sei noch gestern Abend vom Reichskanzler die Antwort an einen der Depeschen-Aufgeber nach Vorbeck. ergangen, daß die strenge Unteruchung wegen dieses Vorfalls eingeleitet werden solle.

**Elberfeld, 20. Mai.** „Die Nacht am Rhein“ schreibt die „Elb.-Ztg.“ scheint mehr und mehr dem beginnenden Dämmerlichte Raum geben zu wollen, wenigstens mit dem hellen Lichte des Tages noch weit entfernt. Inzwischen regt es sich in den verschiedensten Orten, und neben der stetig zunehmenden Ausdehnung der deutschen Vereine ist die fortwährende Verbreitung der Bildungsvereine als offenkundiges Zeichen dieser Wandlung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So sind in den letzten drei Monaten nicht weniger als 13 Vereine dieser Art in den Provinzen Rheinland und Westfalen neu entstanden, von denen zehn insbesondere der Initiation und anderweitigen Unterstützung des Wanderlehrers der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Dr. Georg Wolkemath, ihren Ursprung und ihre Förderung verdanken (zu Paderborn, Lippsstadt, Bielefeld, im Amt Heepen, Rheda, Altena a. d. Lenne, Gelvesberg, Börde, Guskirchen in der Eifel und im Kreise Alfentkirchen im Westerwald), während in sechs anderen Ortschaften (Kierspe nahe den Wupper-Quellen, Gasse, Halber, Gaan, Emmerich am Niederrhein und Schleiden in der Eifel) die Organisation derselben vorbereitet worden ist.

**München, 18. Mai.** In der heutigen Sitzung des General-auditoriums gelangte die im vorigen Jahr in der Presse und durch Interpellation auch in der Kammer der Abgeordneten vielfach be-

sprochene Auflage wegen Mißhandlung des Soldaten Plattner vom 1. Cheveauliers-Regiment in Neumarkt zur Verhandlung.

Die in dieser Beziehung gegen 2 Offiziere und 3 Unteroffiziere erhobene Anklagen lauten theils auf Verbrechen, theils auf Vergehen des Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen Untergebene und auf übertriebene Mißhandlung des Plattner. Gegen die Verweigerung dieser Anklagen zur Aburtheilung vor das Militärbezirksgericht in Würzburg hatten sowohl der Staatsanwalt an demselben als auch Gefondelientenant Frhr. v. Guder Nichtigkeitsbeschwerden erhoben, die nun heute zur Verhandlung gelangten. Der Staatsanwalt erhob Beschwerde weil der Premierlieutenant Fürtzmaier nur wegen Vergehens und nicht vielmehr wegen Verbrechen verurtheilt wurde; und Gefondelientenant Frhr. v. Guder weil die ihm zur Last gelegten Handlungen, wenn sie wahr wären, was er bestritt, sich nicht als Verbrechen, wie das Verweigerungs-erkennnt behauptet, sondern nur als Vergehen qualifiziren würden. Herr Advokat Hilpert aus Nürnberg begründete in eingehendem Vortrage die Beschwerde des v. Guder, und beantragte schließlich denselben eventuell nur wegen Vergehens zu verurtheilen. Der Oberstaatsanwalt beim Generalauditorat, Oberauditor Rönninger, erklärte das Verweigerungs-erkennnt bezüglich des Frhr. v. Guder für vollständig korrekt, und beantragte deshalb auch dessen Nichtigkeitsbeschwerde zu verwerfen. Was die Nichtigkeitsbeschwerde des Staatsanwalts am würzburger Bezirksgericht bezüglich des Premierlieutenants Fürtzmaier betrifft, so hielt sie der Herr Oberstaatsanwalt hinsichtlich einiger Reale für begründet, und beantragte bezüglich derselben dann auch Verweisung wegen Verbrechen; ebenso hinsichtlich der Mitangeklagten des Bismarckmeisters Hartung und des Unteroffiziers Breuing; bezüglich des Unteroffiziers Müller aber nur Verweisung wegen Vergehens vor das Untergericht. Herr Advokat Dr. Zahndorffer von hier plädierte für Premierlieutenant Fürtzmaier, und stellte die Bitte: die Nichtigkeitsbeschwerde des Staatsanwalts zu verwerfen.

Das Urtheil des Generalauditorats wird am nächsten Sonnabend verkündet werden.

## Frankreich.

**Paris, 20. Mai.** Im „Journal des Debats“ liest man:

„Wir beilegen uns eine wichtige Entscheidung mitzutheilen welche die französische Regierung soeben bezüglich der Eisch-Kochbringer gefaßt hat. In Folge des frankfurter Friedens und innerhalb der unter den kontrahirenden Parteien vereinbarten Fristen optirten eine sehr große Anzahl von Personen, welche in den an Deutschland abgetretenen Provinzen geboren waren, für die französische Nationalität, eine gewisse Anzahl anderer, welche sich nicht entschließen konnten, ihr Vaterland zu verlassen, optirten (?) für die deutsche Nationalität. Aber bald kam es, daß mehrere Personen, welche sich, sei es in dem einen, sei es in dem anderen Falle befanden, aus verschiedenen Gründen ihren zuerst gefaßten Entschluß bereuften und glaubten, während die durch den frankfurter Frieden vorgeschriebenen Fristen noch nicht abgelaufen waren, ihren ersten Entschluß in gleicher Weise zurückzunehmen und die Wirkungen desselben zu zerstoren zu können, indem sie ein zweitesmal unter denselben regelmäßigen Bedingungen wie zuvor optirten. So finden sich gegenwärtig in Frankreich im öffentlichen Dienste oder selbst in der Marine oder der Armee Individuen, welche glauben französische Bürger zu sein, weil sie zuletzt und noch während der vorgeschriebenen Zeit für die französische Nationalität optirt haben. Allein in Anbetracht gewisser Schwierigkeiten und verschiedener Reklamationen, welche sich alsbald zeigten, hat die Regierung geglaubt, die Frage näher prüfen zu sollen. Die um ihre Meinung befragten Minister haben dieselbe dahin ausgesprochen, daß das Recht der Option für alle Personen, um welche es sich handelt, durch die erste regelrecht abgegebene Erklärung erschöpft worden sei und daß folglich, um die Wirkungen dieser Erklärung zu ändern, es erforderlich sei, daß die Interessirten sich den Bedingungen und Formalitäten unterwerfen, die in Frankreich beziehungsweise Deutschland gelten, wenn es sich um eine neue Naturalisation handelt. In Folge dessen werden alle, welche als Militärs, Marineleute oder Beamte in unseren Armeen zu Lande oder auf dem Meere einer zweiten, mit der ersten in Widerspruch stehenden Option ange stellt sind, unzulässig und von Amts wegen in ihre Heimath zurückgeschickt werden. (Elf. Journ.)

**Paris, 21. Mai.** Wie sich ganz von selbst versteht, herrscht nach der Ansicht der Franzosen seit Sonnabend in ganz Europa die größte Aufregung über die französische Ministerkrise. Alle Blicke sind nach

## Bismarck in St. Petersburg.

In den „Neuen Bildern aus der russischen Gesellschaft“ wird u. a. auch der Umschwung geschildert, den Bismarck seinerzeit als Gesandter in St. Petersburg hinsichtlich der Vertretung Preußens und Deutschlands hervorbrachte. Waren die Vertreter der angehenden Großmacht bisher mehr „wie befreundete Diener der kaiserlichen Häuser“ denn als Repräsentanten eines ebenbürtigen Staatsweins behandelt worden, so sollte es nun auch hierin anders werden. Auf den alten General Theodor von Rodow, der in den Jahren 1845 bis 1854 sich in seine „inferiore Rolle“ so vollständig eingelebt hatte, daß er gar keine andere für möglich hielt, und auf Baron Werther, „der vielleicht etwas mehr Haltung besaß, geistig aber eine Null war“, folgte als preussischer Gesandter in St. Petersburg im April 1859 Herr von Bismarck-Schönhausen, ein Mann, der damals 46 Jahre alt war, von dem man aber im Uebrigen an der Nema nichts weiter wußte, als daß er ein begeisterter Anhänger des verstorbenen Kaisers Nicolaus und ein besonderer Feind Oesterreichs war. Beides mußte ihn auf's Beste empfehlen. Urd in der That hatte der Weltmann gar bald Aller Herzen gewonnen. „Statt der ängstlichen Abgemessenheit,“ — schreibt unser Gewährsmann, der von dem jetzigen Reichskanzler ein sehr schmeichelhaftes Bild entwirft — „die man sonst an deutschen Staatsmännern gewohnt gewesen war, zeigte Herr von Bismarck eine Ungenügsamkeit und Offenheit, die den amtlichen wie den privaten Verkehr mit ihm erleichterte und das unnötige Zeremoniell bei Seite schob. Den Geschäftsleuten imponirte die Schlagfertigkeit und Kurz angebundenheit des in allen Sätteln gerechten Diplomaten, den Löwen und Bismarck des Salons die unermüdete gute Laune, der sprühende Witz, die anspruchslose Bornehmheit und das vortreffliche Französisch.“

Ueberall sah man die hohe Gestalt des neuen preussischen Gesandten; kein fremder Diplomat wurde so häufig wie er zu den kaiserlichen Donnerstags-Tagden eingeladen; das preussische Gesandtschaftshotel, vorher der Sitz anständiger Langweile, wurde jetzt eines der gefuchtesten Salons. Dabei ließen die lebenswüthigen Wirthe zum Erstaunen der vornehmen Welt unvorhohlen merken, daß sie nicht bemittelt genug seien, es den anderen Botschaftern an Glanz gleich zu thun; sprach doch Frau von Bismarck es öffentlich aus, „daß sie nicht in der Lage und nicht in der Laune seien, ein Gericht Spargeln mit 40 Rubeln zu bezahlen, den Gehalt ihres Gemahls für ihre Toilette auszugeben und ihre bekannten, für eine Darmstädter Dose eingetauchten Ohrringe allwöchentlich durch neue Diamanten zu ersetzen.“

Zugleich fehrte der neue Gesandte, ebenfalls ganz im Gegensatz zu seinen Vorgängern in auffallender Weise den Deutschen hervor, so daß er bald bei allen konservativen Deutschen — und das sind sie so ziemlich Alle in Rußland — sehr bekannt und beliebt wurde. „Biel-

leicht die ersten Propheten der Bismarck'schen Mission sind die esth- und kurländischen Barone gewesen, welche zum engeren Kreise des künftigen Reichskanzlers gehörten, mit ihm rechten und politisirten und ihn zur Jagdaison nicht selten auf ihren Gütern sahen.“ Dem spezialistischen Russenthum, das in jenen Tagen für die weitgehendsten Reformen schwärmte, schmeichelte Bismarck, indem er den Liberalen spielte und indem er russisch lernte, so daß er gelegentlich und zur Noth wohl auch den Kaiser mit einer russischen Phrase anreden konnte. Das Merkwürdigste aber an dem Manne schien dem russischen Hofe zu sein, daß er andere Anschauungen als die seiner eigenen Regierung aussprach, daß er die Handlungsweise derselben kritisirte und sogar selbständige Politik zu treiben suchte. Der Prinzregent und jetzige deutsche Kaiser mißbilligte Frankreichs italienische Politik und das revolutionäre Vorgehen Cavour's nachdrücklich und öffentlich — aber ebenso offen und nachdrücklich sprach sich sein Vertreter in Petersburg im entgegengesetzten Sinne aus; ja selbst nach der Mobilmachung im August 1859 setzte er die guten Beziehungen zu seinem französischen Kollegen fort und suchte für ein französisch-russisch-preussisches Bündniß zu wirken.

Welche Proben zarischer Freundschaft Herr v. Bismarck, nachdem er St. Petersburg verlassen, empfangen hat, ist bekannt. Weniger bekannt vielleicht ist, daß der Ministerpräsident Bismarck diese Freundschaft bisweilen für sich in Kontribution setzte. Der große Staatsmann vertritt bekanntlich keinen Tadel von Seiten der Presse und so ließ er denn, auch die russischen Blätter sein Vorgehen in der Konfliktzeit verurtheilen, durch den preussischen Gesandten beim russischen Minister des Innern und einer Anzahl anderer hochgeachteter Personen um Zügelung des „Pressepöbels“ bitten. Und in der That, der Minister erließ ein Zirkulair an die Zensoren, im Bismarck-freundlichen Sinne auf die Presse einzuwirken, und „private Einflüsse“ mußten einzelne hervorragende Journalisten umzustimmen. Viel half es aber nicht, denn der russischen Regierung war es im Grunde doch lieber, daß die eigene Presse über Bismarck schimpfte, als daß sie ihre Kritik den heimischen Angelegenheiten, welche sich damals in einem bedenklichen Grade der Gährung befanden, zuwandte. Andere Versuche, die publizistischen Hauptbühnen zum Schweigen zu bringen — noch im Jahre 1869 bot Herr von Schweinitz, der damalige Militärbevollmächtigte, Herrn Katkoff und seiner „Moskauer Zeitung“ gegen das Vorgehen einer freundlicheren Haltung bestinformirte berliner Korrespondenzen an — scheiterten ebenfalls und erst die Erfolge des Jahres 1871, vor Allem der ausgesprochene Wille des Zaren und andere „Einflüsse“ haben die russische Presse vermocht, über den deutschen Reichskanzler nicht anders zu denken, aber anders zu schreiben.

## Aus der pommerschen Kaschubei.

Es ist blauer Montag im Dorfe. Wir gehen auf eine Hütte zu, über deren Thür ein Holztäfelchen mit unbeholfener Schrift das stolze Wort „Kaschuba“ trägt. Schon von Weitem tönt uns ein wirres, müßiger Lärm entgegen, innen aber bietet sich uns ein wirklich überraschendes Bild. Das ganze, ziemlich umfangreiche Gemach ist von einem furchtbaren, dichten Qualm erfüllt, in dem neben anderen Dingen und Gerüchen Tabaksqualm und Brantweinqualm die Hauptbestandtheile bilden. Nachdem das Auge sich an das Däfler und die Lunge an die Luftmischung gewöhnt, vermögen wir erst die Gesellschaft der Gaststube zu unterscheiden, welche bunt durcheinander aus Männern, Weibern und Kindern besteht. Rings um die langen, schweren Tische, auf den Bänken an den Wänden sitzen die alten, häßlichen, in den mittleren Jahren, und den übrigen Raum füllt das junge Volk. In der hintersten, düstersten Ecke lassen eine Geige und das kaschubische Lieblingsinstrument, „die Brumm“ (ein Bass) ihre wahrlich nichts weniger als melodischen Töne um die Wette erschallen, und nach dem Takte derselben spricht und schreit, singt, springt, hüpf, wippt, tanzt und lärmt alle diese große und kleine Welt unermüdet und ununterbrochen um die Wette.

Sehen wir uns die Leute genauer an. Ein schwerer, schmiegiger Schapels ist des Kaschuben Sommer- und Winteranzug; er so wenig als die schweren Stiefeln oder Holzschuhe behindern den leichtfüßigen Tänzer im Mindesten in dem wildrasenden Wirbel des Tanzes. Sehr weite leinene, in die Stiefeln gesteckte Hosen, die sogenannten Pötkis, und eine runde, im Sommer und Winter getragene Pelzmütze vervollständigen seine Bekleidung. Eine Anzahl der im Krüge Anwesende tragen weiße oder blaue wollene Jacken, Andere sind barfüßig und der jüngste Theil ist dem Naturzustande äußerst ähnlich, sie sind in bloßen, unendlich schmutzigen und zerfetzten Hemden. Die Weiber und Mädchen sind alle barfüßig und in möglichst bunte Lumpen gekleidet.

Solche milden, meistens mehrere Tage hinter einander währenden Dreien sind des Kaschuben eigentliches Lebensselement. Sonst entseßlich träge und faul — erscheint er als ein ganz anderes Wesen bei leidenschaftlichem Tanze und der nicht minder hitzigelebten Brantweinlase. Wenn das slavische Blut köhrt sich durch die Adern rollt, der wilderregte Tänzer die dunkeläugige Dirne fest an die Brust preßt und in wahrhaft bacchantischer Lust durch den düsternen Raum dahinhrauscht, dann erlischt die Gluth der tobenden Leidenschaft nicht früher, als bis die unansäglich kresende Brantweinlase endlich die Köpfe und Beine schwer gemacht, die zuletzt nur noch zuckende Muskeln kraft völlig gelähmt ist und Männer, Weiber und Kinder sinnlos betrunken nach Hause taumeln.



Paris gerichtet und alle Welt erwartet mit der größten Spannung die Nachrichten über den Erfolg der Bemühungen des Herrn von Goulard. In Deutschland ist das natürlich vor Allem der Fall und „Paris-Journal“ schreibt daher:

„Unsere überhiesigen (sic) Nachbarn halten gute Wache. Sonnabend um 5 Uhr wurde das Ministerium gestürzt. Am selben Abend schallte der Fürst von Hohenlohe in Folge der Aufforderung des Reichskanzlers sein Bündel, um sich nach Paris zu begeben, und seit gestern ist der neue Botschafter in unseren Mauern. Was Herrn von Bismarck anbetrifft, so hat er seine Abreise nach Paris verschoben.“

Die „Patrie“ weiß noch Anderes:

„Ein seit längerer Zeit in Paris residirender preussischer Diplomat, der Botschaftsrath Baron von Holstein, ist nach Berlin abgereist. Am Tage nach dem Ausbruch der Ministerkrisis ist diese Reise nicht ohne Bedeutung; dieselbe beweist noch einmal mehr, daß der Fürst von Bismarck darauf hält, ganz genau über die hiesigen Vorgänge unterrichtet zu sein.“

Die Genauigkeit der Informationen dieser Blätter ist erstaunlich. Der Legationsrath Baron von Holstein, etwa seit acht Tagen auf Urlaub abwesend, ist gestern Abend nach Paris zurückgekehrt. Uebrigens haben die pariser Blätter nicht das Monopol für unrichtige Mittheilungen. Nächst man doch heute in der pariser Korrespondenz eines deutschen Blattes, Fürst Orloff habe Herrn Thiers den Bericht vorgelesen, den er über die Krisis nach London an den Kaiser Alexander gesandt habe.

## Amerika.

Den „Daily News“ wird aus Newyork vom 18. Mai, telegraphirt: Nachrichten aus Valparaiso vom 18. April zu Folge verweigert die chilenische Regierung die Auslieferung des Kapitain Hyde. Ueber die Verhaftung desselben wird übrigens dem „Panama Herald“ berichtet:

„Die durch nichts gerechtfertigte Beleidigung des Herrn John Hyde, Kapitain des verunglückten Dampfers „Tacina“ und schließlich Verhaftung an Bord des Dampfschiffes „Mimant“, ist voraussichtlich das Werk eines Beamten, welcher mit den Geseßbestimmungen, denen ein solcher Fall untersteht, nicht bekannt ist. Nachdem der Urtheilspruch des Untersuchungsgerichts (welcher zur Ausführung gekommen) glaubte man mit Recht annehmen zu dürfen, daß die Angelegenheit damit beendet sein werde. Die chilenischen Behörden, sei es nun aus Eiferucht oder sonst welchen Gründen, glaubten mehr thun zu müssen und setzten selbst über die Angelegenheit zu Gericht; die Verhandlungen wurden bei verschlossenen Thüren geführt. Kapitain Hyde hatte unterdessen dem Konful seine Absicht mitgetheilt nach Liverpool zurückzufahren. Da seiner Abreise nichts in den Weg gelegt wurde, schiffte er sich an Bord des „Mimant“ ein, nachdem der Konful die chilenischen Behörden hiervon unterrichtet hatte. Der „Mimant“ segelte am 25. April. Am folgenden Montag traf ein Telegramm ein, welches die Verhaftung und Haft des Kapitains in Iota meldete. Wenige Stunden nach Eintreffen des Telegramms fand die Landung des Kapitains statt, welcher durch die Straßen von Valparaiso geführt und in dem Polizeilokale auf dem Viktoriaplatz untergebracht wurde. Er wurde in ein 6 Fuß langes und 4 Fuß breites Loch gesperrt und als ein Verbrecher der schlimmsten Sorte behandelt. Der britische Stationskommandant hat gegen diese Behandlung Protest eingelegt und befindet sich gutem Vernehmen nach das britische Kriegsschiff „Scout“ unterwegs, dessen Kapitain die Angelegenheit einer strengen Untersuchung unterziehen wird.“

## Tagesübersicht.

Posen, 22. Mai

Das preussische Herrenhaus, welches sich in der letzten Session die Zufriedenheit der Regierung und des Abgeordnetenhauses zu erwerben wußte, hat in den letzten Tagen auch das Gesetz über die Beteiligung der Beamten bei Gründung und Verwaltung von Actien- u. c. Gesellschaften in derjenigen Form angenommen, in welcher es aus den Beratungen des anderen Hauses hervorgegangen ist. Fürder darf also an unmittelbare Staatsbeamte die Erlaub-

Abgesehen davon, daß dieser slavische Volksstamm durch Armuth, Elend und Branntwein entervt in Schmutz und Lasterhaftigkeit versunken, sich wohl niemals mehr erheben und ermannen wird, so steht seinem wirthschaftlichen Emporkommen auch ein eigenthümliches gesetzliches Hinderniß entgegen. Fast ohne Ausnahme sind diese Kaschuben Edelleute, häufig sogar dem höheren Adel angehörig, und nach einer Regierungs-Instruktion vom Jahre 1773 wird die Erbfolge durch das Jus terrestris nobilitatis Prussiae de anno 1599 geregelt. Hiernach erhält stets der älteste Sohn das ganze Gut — den Ahnenitz — des Vaters, während die Töchter nur mit einer kläglichen Ausstattung abgesunden werden und die jüngeren Brüder dem traurigen Geschick anheimfallen. Der kaschubische Stammhalter weiß mit seinem ungeheuren Besitz nichts anzufangen — während derselbe, getheilt und in guten Kulturzustand gebracht, mehrere Familien ernähren könnte. In ganz natürlicher Folgerichtigkeit aber sinken diese adeligen Familien in allen ihren Gliedern von Geschlecht zu Geschlecht tiefer hinab — und daher die unzähligen Höf- und altdadeligen Dienstmägde, Knechte, Schweinehirten u. c. Dennoch ist der Kaschube nicht wenig stolz auf seinen Adel. Hochtrabende, vornehm klingende Vornamen dürfen zu dem „Von“ nimmer fehlen. Veronika's, Waldemar's, Marcellus u. c. begegnen uns in Schmutz und Lumpen — aber mit einem Point d'honneur, der den mit ihnen Verkehrenden zur Verzweiflung bringen könnte.

Ein eigenthümliches Verhältniß herrscht zwischen den kaschubischen Bauern und ihren „Fornalkis“ oder Knechten. Solch ein Knecht ist der eigentliche Herr im Hause; ihm gebührt der beste Platz am Ofen; „was werden wir morgen essen?“ fragt die Hausfrau den Herrn Knecht, und wenn dieser dann etwas recht Leckeres bestimmt — da freut sich der würdige Gatte im Stillen des Genusses, der ja auch ihm bevorsteht. Das Haupt- und Nationalgericht der Kaschuben besteht in Brutenbri, der bereits des Morgens nüchtern als erste Speise gegessen wird. Der Anbau der Bruten ist der blühendste Industriezweig, für diese wird aller Dünge wie alle Sorgfalt verwandt, und mit ihren reichen Erträgen wird dann wiederum Vieh, besonders Gänse und Schweine, gemästet. Mit dem Brutenbri wechseln Fische und Krebse, Mehlbrei, Salsirken (Mehlkümpfern) und Kapuster (Grünkohl), und als Sonntagsgericht und allgrößte Bekkeri eine Art von Mehlsuppe, welche den Nudeln, womit man anderwärts die Gänse klopft, sehr ähnlich sind. Diese Klöße spielen besonders in der Entzeit eine sehr große Rolle: eine ungeheure Menge wird des Sonntags gekocht und muß dann für die ganze Woche ausreichen. Nachdem der Fornalki dann seine thätige Schüssel voll Brutenbri verzehrt hat, erhält er von der Hausfrau eine ganze Rische (Kober) voll Klöße und damit zieht er beglückt ab, an die Arbeit. Hier finden wir ihn bis auf das Hemde entkleidet, aber mit den schmeren langen Stiefeln an den Füßen — und in einem aus dem Hemde geschlungenen

nitz zur Theilnahme an den qu. Gründungen und Verwaltungen, so fern damit pecuniäre Vortheile verbunden sind, überhaupt nicht mehr ertheilt werden, außerdem darf kein Beamter, der ein derartiges Nebenamt bekleidet, dasselbe über den 31. December l. J. hinaus fortführen. Mit Recht trat der Minister des Innern für diese über seine eigene Vorlage hinausgehende Bestimmung mit den Worten ein: „Nehmen Sie das Gesetz an, nicht um die Integrität unseres Beamtenthums herzustellen, sondern zu wahren“. Ausnahmeweise Erscheinungen, bei denen, wie der Minister sagte, „Auswüchse hervorgetreten“ sind und „der Schaden erkannt worden ist“, können selbstverständlich auf die Gesamtheit nicht zurückfallen. Nachdem das Herrenhaus im vorigen Jahre ein in ganz gleichem Sinne gehaltenes Gesetz pure abgelehnt hat, hat sich diesmal nur eine starke Minorität gegen dasselbe erhoben und zwar war es auffälliger Weise wieder das reactionäre Junkerthum, das hier ein wenig aristokratische Opposition machte. Vorliebe für die Gründerei oder besondere Theilnahme für die an derselben beteiligten bureaukratischen Elemente kann es unmöglich gewesen sein, was diese Opposition veranlaßte. Im vorigen Jahre wurde dieselbe mit dem Bemerkn motivirt, daß die Gesetzfabrik endlich zum Stillstande gebracht werden müsse. Diesmal hieß es, die Beteiligung der Beamten am Gründewesen sei das geringere Uebel; ehe man dies beseitigt, möge man den Beamten die Theilnahme an den Parlamenten und den Mitgliedern des Reichs- und des Landtages die Theilnahme am Gründungs- und Actienschwindel verbieten. Die eigentliche Herzensmeinung trat dabei wenigstens offener zu Tage.

Die nun unter Redaktion des Dr. Kaygler erscheinende freikonservative „Post“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Fortbildung der Reichsregierungs-Institutionen und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Ernennung eines Unterstaatssekretärs des Reichskanzlers eine Nothwendigkeit geworden sei. Der Artikel erörtert das Verhältniß des Reichskanzlers zu den Chefs der einzelnen Reichsverwaltungen, welches bis jetzt ein rein persönliches, also durch Beurlaubung, Krankheit u. i. w. des Kanzlers mehr oder weniger bedrängtes ist. Wie fühlbar diese Lücke ist, hat sich namentlich in der Krisis wegen des Militärgesetzes herausgestellt und damals durch den Vorschlag Ausdruck gefunden, einen Stellvertreter des Reichskanzlers, eine Art Vice-Kanzler zu bestellen, ein Vorschlag, der in so fern unausführbar war, als der Reichskanzler als solcher, d. h. als einzig verantwortlicher Beamter der Reichsregierung verfassungsmäßig keinen Stellvertreter haben kann. Der von der Post angelegte Gedanke geht daher dahin, unter dem Reichskanzler eine Instanz zu schaffen, welcher, wie in Preußen dem ersten vortragenden Rath des Staatsministeriums, die geschäftliche Bearbeitung der Angelegenheiten obliegen würde, die dem Reichskanzler als dem verantwortlichen Organ der Präsidialgewalt zufallen. Es müßte also in den Organismus der Reichsbehörden eine lediglich dem Kanzler als dem Reichsprämieminister untergeordnete Behörde für die regelmäßige Ausübung der Präsidial-Befugnisse als Mittel- und Bindeglied zwischen dem Reichskanzler selbst und den Chefs der Reichsressorts eingefügt werden, mit einem Beamten etwa vom Range eines Unterstaats-Sekretärs an der Spitze. Ist die Erörterung dieser Materie schon an sich interessant, so gewinnt sie an Bedeutung, wenn eine darauf bezügliche Auslassung der „Nat.-Lib. Corr.“ begründet ist, welche besagt, daß der Artikel der „Post“ die Ansichten des Reichskanzlers widerspiegeln und daß die angedeutete Organisation noch im Laufe des Sommers vollzogen werden würde.

Ein soeben aus Paris eingetreffenes Telegramm meldet, daß die Ministerliste, deren Zusammensetzung wir nach einer Depesche der „Agence Havas“ in unserer heutigen Morgennummer meldeten, noch nicht zu Stande gekommen sei. Selbstverständlich wird durch dieses vergebliche Kawiren und Hinausschieben die Spannung in der politi-

scen Atmosphäre nicht geringer. Combinationen folgen auf Combinationen und zerplagen wie Seifenblasen. Erschwert wird die Combinationenbildung allem Anschein nach dadurch, daß sich Mac Mahon nicht von Magne und du Barail trennen will. In wie weit der als Konföderationspräsident neu in Aussicht genommene Audifret-Pasquier den Wünschen des Marschalls entspricht, ist nicht bestimmt anzugeben. Jedenfalls hat bis zur Stunde die Bildung eines Zentrumskabinetts die wenigsten Chancen. Wenn der „Français“ gut unterrichtet ist, so arbeitet man in Versailles an maßgebender Stelle nach wie vor an einem Kabinet der Konservativen. Der eigentliche Feind der Combinationen ist Buffet, der täglich mehrere Stunden mit Mac Mahon konferirt. Magne will sein Portefeuille behalten, aber man spricht davon, daß man gegen sein Verbleiben im Amt in parlamentarischen Kreisen ersten Einspruch erhoben hat. Wie verlautet, soll die Linke vom neuen Kabinet sofort die Wahlen für alle Departements verlangen, in welchem Siege vakant sind. Wieder einmal ein unangenehmer Antrag für Mac Mahon.

In der Nähe von Bilbao hat ein heftiges Gefecht stattgefunden. Die Carlisten suchten sich auf der Archanda-Höhe festzusetzen, und es gelang ihnen, die schwache republikanische Besatzung beim ersten Anprall zu verdrängen; gleich darauf aber sandte der General Morales Verstärkungen und die Angreifer wurden mit schwerem Verlust zurückgeschlagen. 30 Gefangene blieben in den Händen der Sieger, welche selbst etwa 100 Mann an Todten und Verwundeten einbüßten; die Zahl der gefallenen Carlisten ist nicht genau bekannt. Ein großer Theil der carlistischen Armee ist noch in der Umgegend von Bilbao und hat kürzlich von dem Küstenorte Bermeo her eine dort gelandete Sendung Geschütze und Gewehre empfangen. Ueber die Bewegungen der Carlisten herrscht im Allgemeinen noch wenig Klarheit; Dorregaray und Mendiri sollen am 15. Mai mit 17 Bataillonen von Zorrosa abmarschirt sein, um die Gebirgspässe, welche nach Estella führen, zu besetzen. Diese Stadt, zur Residenz „König Karl's“ anzuordnen, nachdem es mit Bilbao nichts geworden ist, gilt gegenwärtig für ernstlich bedroht, da Concha von den 35 Bataillonen und 40 Kanonen, mit denen er in Miranda de Ebro eingetroffen ist, schon einen Theil in die Rioja vorgeschickt hat, und zwar, wie man glaubt, um von dort eine Schwentung gegen Estella zu machen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Mai.

Mit Bezug auf die in Nr. 343 der Posener Zeitung enthaltene Rede des Landtagsabgeordneten Wojciewski aus Kursdorf sendet uns Herr Landrath v. Massenbach in Fraustadt Abschrift seines dem genannten Abgeordneten am 20. d. Mts. zugesandten berichtigen Schreibens mit dem Ersuchen, dasselbe behufs Klarstellung der in der Rede vorkommenden Unrichtigkeiten in unserem Blatte zu veröffentlichen. Das Schreiben an Herrn Wojciewski lautet:

Fraustadt, den 20. Mai 1874.  
Em. Wohlgeboren haben nach Nr. 343 der Posener Zeitung gelegentlich der Besprechung der Posener Petitionen im Abgeordnetenhaus die Fraustädter Kreise und meiner Person bei Wegebau-Angelegenheiten Erwähnung gekonnt. Da hierbei Irrthümer vorgekommen sind, so erlaube ich Sie ganz ergebenst, nachstehende Berichtigungen gefälligst entgegenzunehmen und zur Kenntniß des hohen Abgeordnetenhauses bringen zu wollen.

Es ist im Fraustädter Kreise nicht vorgekommen, daß im Herbst zur Herstellung einer Lehmbahn aufgefahrenes Lehmmaterial demnach in Frühjahr wieder hätte abgefahren werden müssen.

Es ist ferner von mir nicht angeordnet worden, daß im vergangenen Monat April im ganzen Kreise Fraustadt von den Bauern 4 Tage lang Landstraßenbau gemacht werden sollte, weshalb auch die Angabe unrichtig ist, daß trotz Regen und nasser Witterung sämt-

Audifret-Pasquier dieser Tage erklärt, daß ihm, wenn er leichtsinnig genug wäre, in ein Minister-Portefeuille zu steigen, kein anderer Ausweg bleiben würde, als sich mit den Legitimisten auf Degen zu raufen und mit den Bonapartisten einen Messerkampf zu wagen. Er rath ihnen damit, generöserweise sich von vornherein als todgestochen zu betrachten. Ernsthafter sah die Sache aus in Betreff eines Duells zwischen dem Duc de Chartres und dem bonapartistischen Intendanten Cassagnac. Inbessenen ist die Menfur zunächst vertagt. Nunmehr hören wir auch von einem Duell zwischen unserem früheren Gefandten in Paris, dem Fürsten Metternich und dem Duc de Montebello. Anlaß dazu soll eine Konversation im Salon der Gräfin Bourlaes gegeben haben. Die Fürstin Metternich erklärte bei dieser Gelegenheit dem genannten Duc mit der entzündenden Verbe eines Corpsburlesken, sie finde es sehr „sonderbar“, daß derselbe sich den Orleans angelassen und damit einen Verrath an seinen Wohltätern, den Napoleons, begangen habe. Wir würden, nach so manchen Excentricitäten dieser stark freimüthigen Dame zu urtheilen, nur in sehr mäßiges Erstaunen versetzt worden sein, wäre gleichzeitig die Kunde gekommen, daß die Beschlüßgeberin der Genredame Theresia auf gut amerikanische Manier persönlich den Duc de Montebello auf Salonsbistletts gefordert hätte. Aber, soweit die Post reicht, wurde der harmlose Herr Gemal, der mit seinen politischen Ansichten im sechzehnten Jahrhundert wohnt, veranlaßt, sich als lebendiger Kugelfang anzubieten oder den Duc auf abgetretene Säbel und krumme Secundanten zu fordern, da eine Menfur auf Reittreibern und Schwingböden nicht mit der diplomatischen Färbung harmoniren würde. Nicht nur im Hause Metternich, sondern sonst auch wol in der Welt wäre es der erste Fall gewesen, daß ein Ehegatte sich als Vertreter der politischen Schürren seiner Frau dem Cavalier-Potpourri der Duell-Ehre zuliebe opfern würde. Wenn eine Dame, wie in dem vorliegenden Falle, aus der Sphäre echter Weiblichkeit heraustritt, verzichtet sie freiwillig auf einen ansehnlichen Theil schonender Rücksichtnahme von Seite des anderen Geschlechtes. Wir brauchen also nicht unbedingt zu sprechen. Es hat eine ansehnliche Anzahl von Diplomatinen gegeben, aber von keiner derselben ist es bekannt, daß sie die Würde der Frau vergebend, in solcher Weise den selbstverständlichen guten Ton hintangelegt hätte. Eine Oesterreicherin obendrein, die zum Wohle der abgewirtheilsten Sippe der Bonapartisten im Auslande — schimpft, ist eine etwas ungewöhnliche Erscheinung, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Dem Herrn Gemal scheinen übrigens, wie aus Brüssel telegraphirt wird, vor Thoreschluß noch einige Strupel über das Verhältniß der ihm zugemutheten Rolle aufgefliegen zu sein, und möglichenfalls haben wir den ganzen abgeschmackten Handel unter die „trepirten Duells“ zu zählen. Das Ganze erinnert an eine Anekdote aus der vorwärtigen Zeit, welche gleichfalls zur Chronik des Hauses Metternich gehört. Die dritte Gemalin des alten Staatskanzlers, die sehr legitimistisch gesinnte Fürstin Melanie, antwortete einmal auf einem Ball, auf dem sie mit einer prächtigen Krone von Diamanten erschienen war, dem Vertreter des ihr verhassten Bürgerkönigs, Grafen v. Flabault, als dieser ihre Krone bewunderte: „Ich habe sie nicht gestohlen, Herr Graf!“ Als Flabault später einmal beim Fürsten Metternich über diese durch nichts probierte Insulte sich beschwerte, entgegnete dieser dem französischen Diplomaten: „Was wollen Sie, lieber Graf? Ich habe die Fürstin geliebt und geheiratet, er, o g e n habe ich sie nicht.“

\* Ein im gestrigen Abendblatt abgedrucktes Pariser Telegramm bestätigt diese Ansicht nicht, denn das Duell hat in St. Cloud auf Degen stattgefunden und Montebello wurde dabei am Arme verwundet.

## Duellgeschichten aus Paris.

Seit einigen Tagen schreibt ein wiener Blatt, hat der Telegraph ungewöhnlich viel mit politischen Duellen zu schaffen, und zwar mit „trepirten Duellen“, das heißt solchen, bei denen man nicht über den bösen Willen hinausgekommen ist und, wie man sich in der englischen Vorgesprache ausdrückt, dem menschlichen Corpus „kein Nothwein“ abgezapft wurde. Diese Duellmuth hat wirklich einen mythischen Zusammenhang mit den Frühlingsgefühlen, die im Hushalle der Natur eine so wichtige Rolle spielen. Duelle sind ja auch nur Hahnenkämpfe und zwar in den vorliegenden Fällen auf das politische Gebiet übertragen. Ein „dummer Junge“ ist in der einen oder anderen undiplomatischen Form rasch aufgebracht, und Volksvertreter und Diplomaten ziehen vom Leder oder sprechen wenigstens die Sehnacht aus, dem Gegner eine Spitzkugel durch den Leib zu jagen. So hat



liche Bauern im ganzen Kreise Fraustadt 4 Tage hindurch Wegebau machen und Saat und Felder liegen lassen mußten."

Meine diesjährigen Anordnungen betreffs des Wegebau beschränken sich vielmehr auf die beifolgende Aufschreibung vom 21. Februar cr. im Kreisblatt Nr. 9 pro 1874, welche den Wege-Kommissionären die spezielle Anordnung der vorzunehmenden größeren Arbeiten überläßt und die Zahl der Hand- und Spanndienste angiebt, welche als Maximum pro 1874 von den zum Landstraßenbau verpflichteten Gemeindegliedern gefordert werden darf. Bei Berechnung dieser Maximal-Anzahl ist höchstens vierstägige Arbeit aller häuslichen Verpflichteten für das ganze Jahr in Anschlag gekommen.

Endlich habe ich am 12. April cr. den Unterbehörden mitgeteilt, daß der Herr Regierungs-Präsident in den letzten Tagen des Monats mich auf einer etwa vierstägigen Reise im Kreise zu begleiten gedachte und unter Angabe der meinerseits beabsichtigten Tour ist von mir die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß ich Brücken und Straßen in der von der Wegepolizeiordnung vorgeschriebenen Verfassung vorfinden würde.

Em. Wohlgeboren wird es, um das gesteckte Ziel zu erreichen, ebenso wie mir daran gelegen sein, daß die gedachten Irrthümer in Ihrer Rede dem wahren Sachverhalte entsprechend berichtigt werden und ich darf daher wohl bestimmt erwarten, daß Sie meine berichtende Äußerung gefälligst recht bald im hohen Abgeordnetenhaus vortragen werden.

Em. Wohlgeboren Hochachtungsvoll ergebener  
von Massenbach, Landrath.  
Hierauf ist dem Landrath v. Massenbach folgende Antwort zugegangen:

Berlin, 21. Mai 1874.  
Em. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 20. Mai 1874 ergebenst, daß die Geschäftsordnung des Hauses nicht erlaubt, zu Gunsten eines außerhalb des Hauses stehenden Herrn vor der Tagesordnung das Wort zu nehmen. Ich bitte also Em. Hochwohlgeboren den Weg der öffentlichen Widerlegung zu betreten, und bin gern bereit, mich persönlich über den wahren Thatbestand weiter informieren zu lassen.

Mit der größten Hochachtung ergebener  
Wojzewski, Abgeordneter für Fraustadt-Kröben.

— Die „Germania“ erhält aus Posen eine Korrespondenz, worin mit bekannter katholischer Liebe des Geistlichen Schröter, welcher jetzt Seminarlehrer in Kulda ist, gedacht wird. Der Korrespondent, welcher vermuthlich ein polnisch-ultramontaner Schulmann ist, behauptet, daß Hr. Schröter die hiesige Regierung mit „gefälligen, gewissenhaften, wahrheitsgetreuen“ Referaten über seine unmittelbaren und mittelbaren Vorgesetzten, über den Zustand des Seminars in wissenschaftlicher, moralischer und anderweitiger Hinsicht überhäufte, wobei er nicht unterlassen habe, die Aufmerksamkeit der Regierung auf gewisse, sehr „ernste und gefährliche Mißbräuche“ zu richten, die durch Schuld gewisser unfähiger Beamten sich eingeschlichen haben sollten. Interessant ist hierzu die Notiz, daß die mit Konstatierung der „angeleglichen“ Mißbräuche beauftragten Regierungskommissare dieselben nicht zu entdecken vermochten und in Folge dessen eine zu diesem Zwecke eingeleitete Untersuchung eingestellt wurde. Leider sagt der Korrespondent nicht, wann diese Untersuchung stattgefunden und wo er sie geleitet hat, dagegen bemerkt er weiter, Herr Schröter habe über dem Fleiß, den er auf jene Denunciationen verwandte, „sich selbst in wissenschaftlicher Hinsicht vernachlässigt.“ Schließlich, als Herr Schröter seine „Sorgfalt dem ebenfalls patriotischen Regierungs- und Schulrath Tscharter zuwendete“, opferte ihn die Regierung, „dem gewandten und verdienstvollen Herrn Tscharter und promovierte ihn zum Seminar-Direktor in Kulda“. Der Korrespondent will wissen, daß Hr. Schröter ungern von hier geschieden sei und den „freundlichen Umgang mit Offizieren“ u. vermisse werde. Herr Schröter hat bekanntlich als Feldprediger den letzten Krieg mitgemacht und erhielt das eiserne Kreuz. Daß er lieber mit Offizieren als mit polnisch-ultramontanen Geistlichen verkehrte, können ihm eben nur ultramontane Polen verargen. Diesen war er allerdings ein Dorn im Auge, und wenn irgend Jemand, so konnte er von der denuntiatischen Sorgfalt seiner Gegner erzählen, — der ehemalige Erzbischof Ledochowski wäre gewiß im Stande, dies zu bestätigen. In Folge dessen fühlt Herr Schröter auch gewiß keine Sehnsucht nach Posen zurückzukehren.

— Gegen die demonstrativen Massendeputationen an den Bischof von Pölsin v. d. Marwitz sprechen sich die national-polnischen Blätter sehr entschieden aus. Die „Gazeta Toruńska“ empfiehlt wegen Vermeidung der Kollisionen mit den Behörden von derartigen Wallfahrten Abstand zu nehmen und nur kleinere Deputationen abzusenden. Der „Dziennik Poin.“ ist derselben Ansicht und rüth zugleich von der Veranstaltung von Katholikenversammlungen ab, welche von den ultramontanen Blättern lebhaft befürwortet werden. Wir müssen alles vermeiden, sagt das Blatt, was uns, wenn auch wider unseren Willen, mit den Behörden in Konflikt bringen könnte. Zündstoff giebt es ohnehin genug, es wäre unklug mit dem Feuer zu spielen, an dem wir uns nur verbrennen können. Wir dürfen uns auf Experimente nicht einlassen. Der ultramontane „Kurjer Poin.“ schweigt sich über diese Sache aus.

r. Die polnische Akademie der Wissenschaften zu Krakau, welche vor einem Jahre gegründet wurde und deren Protektor der Erzherzog Karl Ludwig ist, hat folgende auswärtige, in Deutschland wohnhafte Gelehrte zu ihren Mitgliedern ernannt, die auch vom Kaiser von Oesterreich bestätigt worden sind: in der philologischen Sektion Dr. Aug. Esswein in Nürnberg, Wlad. Nehring in Breslau, Stan. Rojman in Posen, Kraszewski in Dresden; in der historisch-philosophischen Sektion: Graf Cieszkowski in Posen, Professor Röppel in Breslau, Karl Hoffmann in Dresden, außerdem den Geistlichen Theiner in Rom; in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektion: Eduard Straßburger in Jena.

— In Berlin wird mit dem 1. Juli drei Mal wöchentlich eine polnische Zeitung unter dem Titel „Berliner Anzeiger“, Organ der neuesten Nachrichten und Führer der Polen in Berlin erscheinen. Zweck des Blattes ist: Gleichberechtigung Aller (!). Der Prospekt ist unterzeichnet von dem Druckereibesitzer und Buchhändler Seidel, Spandauerstr. 17.

r. Die Zuschüttung der sog. faulen Warthe, des alten Warthearms zwischen der Gr. Gerber- und der Grabenstraße, war bekanntlich von den Anwohnern projektirt worden, die auf diese Weise nach der an Stelle dieses Grabens anzulegenden Straße neue Baufrenten ihrer Grundstücke zu gewinnen hofften. Da überdies die faule Warthe in einem großen Theil des Jahres üble Dünste verbreitet, so erschien die Zuschüttung derselben auch im öffentlichen sanitären Interesse dringend geboten, und hatte deswegen das Polizeidirektorium das Projekt befürwortet. Die k. Regierung jedoch hat ihre Genehmigung zur Zuschüttung der faulen Warthe verweigert, weil durch Zuschüttung derselben bei Hochwasser eine bedeutend größere Menge Wassers gegen die Schroda und Wallischei geleitet, und diese Stadttheile dadurch gefährdet werden würden, während gegenwärtig die faule Warthe einen beträchtlichen Theil des Hochwassers, bevor der Hauptarm der Warthe in die Stadt eintritt, bereits ableitet.

r. Das Klug'sche Geschäft, welches sich lange Zeit in dem Fischerischen Hause auf der Friedrichstraße befunden, ist von dort nach dem Gumprecht'schen Hause (Breslauerstraße) in die Lokalitäten verlegt worden, welche früher das Frenzel'sche Zuderwaarengeschäft inne hatte. Entsprechend den jetzigen größeren Geschäftsfaktoren ist auch der Umfang des Geschäftes erheblich vermehrt worden, indem dort nicht nur Blechwaaren aller Art, Lampen, Thonwaaren, Artikel aus Marmor, Marmortruhe u., sondern auch Wirtschaftsgüter aller Art geführt werden.

r. Eisenbahn-Einnahmen. Die Breslau-Posen-Glogauer Bahn hatte pro April d. J. eine Einnahme von 203,715 Thlr. gegen 176,777 Thlr. pro April v. J., also 26,938 Thlr. = 15,2 pCt. mehr. Die Einnahme von Anfang d. J. bis Ende April betrug 780,387 gegen 613,056 Thlr. i. J. 1873, also 166,731 Thlr. = 27,2 pCt. mehr. — Die Starogard-Posener Bahn hatte pro April d. J. eine Einnahme von 103,568 Thlr. gegen 111,903 Thlr. pro April v. J., also 8335 Thlr. = 7,5 pCt.

weniger. Die Einnahme von Anfang d. J. bis Ende April betrug 389,258 Thlr. gegen 361,986 i. J. 1873, also 27,272 Thlr. = 7,5 pCt. mehr. — Die Märkisch-Posener Bahn hatte pro April d. J. eine Einnahme von 72,630 Thlr. gegen 71,568 Thlr. pro April v. J., also 1062 Thlr. = 1,5 pCt. mehr. Die Einnahme von Anfang d. J. bis Ende April betrug 284,933 Thlr. gegen 250,402 i. J. 1873, also 34,531 Thlr. = 13,8 pCt. mehr.

r. Auf der Märkisch-Posener Eisenbahn treten nach dem nunmehr veröffentlichten Fahrplane vom 1. Juni d. J. ab folgende Veränderungen ein: Die 4 Personenzüge von Bentschen treffen hier ein 10 Uhr 9 Min. Vormittags, 2 Uhr 12 Min. Nachmittags (statt bisher 2 Uhr 9 Min.), 5 Uhr 35 Min. (statt 3 Uhr 30 Min.) Nachmittags und 10 Uhr 6 Min. (statt 9 Uhr 30 Min.) Abends. Es gehen von hier ab 3 Personenzüge: 6 Uhr Morgens, 10 Uhr 39 Min. Vormittags, 3 Uhr 59 Min. (statt 3 Uhr 49 Min.) Nachmittags, und ein gemischter Zug 7 Uhr 44 Min. (statt 7 Uhr 14 Min.) Abends. — Es treffen nunmehr vom 1. Juni d. J. ab auf dem hiesigen Zentralbahnhof täglich 17 Züge ein und gehen 17 Züge ab, und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Personenzug von Kreuz	4	Uhr 56 Min.	Vorm.
" nach Breslau	5	" 4	"
" nach Bromberg	5	" 15	"
Gemischter Zug nach Kreuz	5	" 45	"
Personenzug nach Guben	6	" "	"
Gemischter Zug von Gnesen	7	" 29	"
" von Kreuz	8	" 11	"
Personenzug von Biffa	8	" 39	"
" von Frankfurt	10	" 9	"
Gemischter u. Pers.-Zug von Bromberg	10	" 19	"
Personenzug nach Frankfurt-Guben	10	" 39	"
" von Breslau	11	" 4	"
" von Kreuz	11	" 11	"
" nach Kreuz	11	" 12	"
Gemischter Zug nach Bromberg	11	" 30	"
Personenzug nach Breslau	11	" 49	"
" von Frankfurt	2	" 12	Nachm.
Gemischter Zug von Bromberg	3	" 24	"
Personenzug von Breslau	3	" 39	"
" von Kreuz	3	" 55	"
" nach Guben Frankfurt	3	" 59	"
" nach Breslau	4	" 4	"
Pers.- u. gemischter Zug nach Bromberg	4	" 10	"
Personenzug nach Kreuz	4	" 30	"
" von Guben	5	" 35	"
Gemischter Zug nach Kreuz	6	" 55	"
Personenzug nach Biffa	7	" 5	"
Gemischter Zug nach Bentschen	7	" 44	"
" nach Gnesen	8	" "	"
" von Kreuz	9	" 27	"
Personenzug von Guben-Frankfurt	10	" 6	"
" von Bromberg	10	" 14	"
" von Breslau	10	" 47	"
" nach Kreuz	11	" 31	"

— Truppen-Inspizierung. Aus Glogau wird unter dem 21. d. gemeldet: Der kommandirende General des 5. Armee-Korps, von Kirchbach, traf am Dienstag Nachmittag von Kienitz kommend hier ein. Gestern besichtigte der General das 1. und 2. Bat. Inf.-Regts. Nr. 58 und 1. Bat. Inf.-Regts. Nr. 59 und reist heute mit dem ersten Zuge nach Kienitz und von dort per Extrapost nach Freistadt zur Inspizierung des 2. Bat. Inf.-Regts. Nr. 59, passiert auf der Reise nach Fraustadt heute unsere Stadt um 3 Uhr 30 Min. Nachmittags, inspiziert am 22. Mai in Fraustadt das Füsilier-Bat. des Inf.-Regts. Nr. 58 und reist gegen Mittag nach Posen. Die weiteren Dispositionen zur Inspizierung der Truppen der 9. Division sind folgende: Am 25. Mai Abreise von Posen nach Böhlan, am 26. Mai in Böhlan Inspizierung des Füsilier-Bat. Inf.-Regts. Nr. 59 und der 3. Eskadron Westph. Kürassier-Regts. Nr. 5, am 27. Mai Vormittags in Winzig 4. Eskadron desselben Regiments, Nachmittags in Herrnsdorf 1. Eskadron desselben Regiments, am 28. Mai in Gubrau 2. Eskadron desselben Regiments und am 29. Mai in Bojanowo die 5. Eskadron desselben Regiments. Am 30. Mai Abreise von Bojanowo nach Glogau, woselbst der Herr General über Sonntag zu bleiben gedenkt. Am 1. Juni Reise per Extrapost nach Volkowitz zur 3. Eskadron Schles. Dragoner-Regts. Nr. 4, am 2. Juni Inspizierung in Lüben 4. und 5. Eskadron dess. Regts., am 3. Juni in Hahnau 1. Eskadron desselben Regiments, Abends Eintreffen in Glogau und Ueberrachten daselbst; endlich am 4. Juni Reise nach Beuthen a. d. O. zur 2. Eskadron Schlesischen Dragoner-Regts. Nr. 4 und am demselben Tage Rückreise über Glogau nach Posen.

r. Aus der Provinz, 21. Mai. [Hinsichtlich des gräber Ständes] ist doch hervorzuheben, daß die jüdischen Bewohner unserer Provinz wenig daran theilhaft sind, sondern daß, wenn nicht alle, doch die größte Mehrzahl derer, welche die Hilfe des sogenannten Wunderabils nachsuchen, aus den russisch-polnischen Provinzen herkommen. In der Provinz selbst hält man von diesen superstitiösen Künsten nichts und liefert dies einen Beweis, daß die Volksbildung auch bei den untersten Volksschichten unserer Juden, Dank den seit Jahrzehnten bestehenden öffentlichen Schulen mit obligatorischem Schulbesuche bedeutende Fortschritte gemacht hat. Es fällt der Tadel deshalb mehr auf die sogenannte gebildete Klasse, daß sie nicht einen lauten Protest gegen dieses Treiben erhoben hat. Was hilft es, daß die Prediger das Licht des Judenthums, seine Vernunftmäßigkeit, die Einfachheit und Lauterkeit seiner Lehren preisen, wenn die Praxis das Gegentheil vorführt, und dieselben Prediger kein Wort des Widerspruches öffentlich erheben? Uebrigens dauert der Zuzug noch immer fort, wenn er auch in den letzten Wochen etwas abgenommen haben soll. Es wäre schlimm, wenn man darauf warten müßte, bis die Masse sich von der Auslosigkeit ihrer Pilgerfahrten zum Rabbi Gutmacher überzeugt hätte.

II Fraustadt, 20. Mai. (Errichtung einer Simultanschule). Schon seit langer Zeit wird in unserer Stadt die Frage der Errichtung einer Simultanschule ventilirt. Fraustadt besitzt eine evangelische Stadtschule mit vier Knaben- und vier Mädchenklassen, an welcher außer einem Rektor noch 7 Lehrer wirken; eine katholische Schule mit über 300 Kindern, an welcher 3 Lehrer den Unterricht erteilen und eine jüdische Schule, in welcher von einem Lehrer ca. 40 Kinder unterrichtet werden. Die Klassen der ev. Schule sind überfüllt; es kommen im Durchschnitt ca. 80 Kinder auf einen Lehrer. Bei der kath. Schule ist das Verhältnis noch ungünstiger und nur die jüdische Schule weist ein günstigeres Verhältnis in Betreff der Schülerzahl auf. Daß eine solche Ueberfüllung von Schulklassen, sowohl auf Lehrer wie Schüler, sowohl auf die geistige, als auch körperliche Entwicklung Nachtheil haben muß, ist leicht ersichtlich. Hierzu kommt noch, daß die Lehrer schlecht besoldet sind, weder Alterszulagen gemacht werden, noch sonst eine Gehaltsescala festgesetzt ist und dadurch ein steter Lehrerwechsel eintritt. In neuerer Zeit ist die Errichtung einer Simultanschule und eine Vereinigung der vorhandenen Lehrkräfte wieder aufs Tapet gebracht worden, jedoch schon bei Privatbesprechungen wurde darauf hingewiesen, daß die Commune allein die gerechte Befolgung der Schulstellen nicht würde aufreithalten können und, wenn die Schule vor Ueberfüllung der einzelnen Klassen bewahrt werden soll, noch neue Lehrkräfte herangezogen werden müßten, die Last für die Commune zu groß werden würde. Andererseits besitzt die ev. Schulgemeinde ein großes Knaben- und ebenso Mädchen-Schulhaus in welchen sämtliche Klassen einer Simultanschule untergebracht werden könnten, die sie jedoch nicht ohne Entschädigung von den anderen Schulsocietäten hergeben würde und wäre diese Einrichtung einer Simultanschule nur dann möglich, wenn der Staat sich in's Mittel legte. Der größte Theil unserer Bevölkerung, besonders die katholische, gehört dem Arbeiterstande an, deren männliche Glieder den längsten Theil des Jahres an anderen Orten sich Arbeit suchen, ihre Kinder jedoch der Commune zur Erziehung überlassen, ohne daß dieselbe von ihnen großen Nutzen, in Bezug auf Abgaben, zu erwarten hat. Da

der Staat doch auch die Kinder dieser Leute für sich später in Anspruch nimmt, und erwiesen ist, daß die Schule zur Erziehung guter Staatsbürger das meiste beiträgt, so muß der Staat auch da, wo die Commune nicht stark genug ist, sich eine gute Schule zu schaffen, sich in's Mittel legen und helfen. In diesem Falle wäre es leicht bei uns eine Simultanschule zu errichten, da weder Magistrat noch Bürgerschaft im Prinzip dagegen sind, wenn der Staat als solcher die Schulgebäude für seine Rechnung von der ev. Schulsocietät ankaufte.

II Fraustadt, 21. Mai. (Ueberrall. Inspizierung.) Ein bereits mehrfach bestraftes Individuum überfiel gestern einen von Zuchowitz kommenden alten Mann in der sogenannten Zuchowitz-Halde und beraubte ihn seiner Baarschaft im Betrage von 3 Thlrn. Auf den Hilferuf des Ueberfallenen eilte ein desselben Weges kommender Fleischerbursche mit seinem Hunde herbei, und gelang es den Mauthüberder zu fangen und unter Eskorte dem hiesigen Distrikts-Amt zu überführen. — Mit dem heute Abend hier ankommenden Zuge von Glogau trifft der kommandirende General des 5. Armee-Korps, Herr v. Kirchbach ein, am morgen das Füsilier-Bataillon des hier in Garnison liegenden Infanterie-Regiments Nr. 58 zu inspizieren. — Die „Posener Zeitung“ war gestern und heute ein in unserem Organ besonders begehrter Artikel, da jeder die Rede des Abgeordneten unseres Kreises Wojzewski lesen wollte.

II Aus dem Schrimmer Kreise. [Mord.] Zur Ergänzung des Berichts in Nr. 340 d. Btg. ist noch nachzutragen, daß die Ermittlung der Thäter bei dem zu Chytrów am 12. d. M. an dem Wirth R. verübten Morde lediglich dem Bürgermeister Blümel zu Jaraczewo und dem Gendarmen Basse daselbst zu verdanken ist. Der geschiedenen Inquisition des Erstern gelang es nämlich über die sonst unerwähnte That ein Geständniß zu erlangen. Jetzt sind nun Thäter und Theilnehmer in Sicherheit gebracht und die Untersuchung wird das Nähere in der Sache aufklären.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

— Die allgemeine deutsche Wechselordnung ist soeben in einer 2. verm. hten Ausgabe im Verlage der K. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (K. v. Defer) zu dem Preise von 12½ Sgr. erschienen. Dieselbe enthält: 1. die allgem. deutsche Wechselordnung, 2. die nürnberg. Wechsel, 3. sämtliche Einführungsdekrete, 4. die auf die Wechselstempelsteuer bezüglichen Vorschriften, 5. Aufhebung der Schulbank. Ein ausführliches Sachregister wird den Gebrauch dieses Handbuchs wesentlich erleichtern.

## Staats- und Volkswirtschaft.

II Tabakfabrikation in Deutschland. Dem soeben erschienenen dritten Hefte des amtlichen Berichtes der General-Commission des deutschen Reiches über die Wiener Weltausstellung entnehmen wir nachstehenden Passus über die deutschen Tabakfabrikanten: Den Feststellungen der deutschen Tabakfabrikanten ist die größte Anerkennung zu zollen, denn sie stehen in der Herstellung billiger und guter Cigarren, Rauch- und Schnupftabacken, sei es aus inländischen Produkten allein, oder aus dessen Mischungen mit eingeführten Sorten unerreicht da. — Sie versehen es meisterhaft die überreichen Rohstoffe so zu verarbeiten, besonders auf Cigarren, daß sich dieselben nicht nur im Inlande des größten Konsumes erfreuen, sondern auch in ansehnlichen Mengen nach Ländern ausgeführt werden, welche entweder wie Nord- und Südamerika selbst Producenten des Rohmaterials sind oder wie Holland einen sehr bedeutenden Markt besitzen. Außer der Intelligenz, der Umsicht und der Erfahrung der Fabrikanten hat dazu die Einfuhr der vor wenigen Jahren im Handel kaum beachteten Java, Sumatra und Manilla-Tabake nicht wenig beigetragen. Sie deckten den Ausfall der amerikanischen Ernten, und verließen der Cigarrenfabrikation einen großen kaum geahnten Aufschwung. Die inländische Produktion lieferte dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre (ohne Kog-Notbringen) jährlich 561,227 Ctr. Rohtabak, die Einfuhr ergab 700,751 Ctr. Rohtabak und 21,078 Ctr. Fabrikate. — In demselben Zeitraum wurden jährlich ausgeführt 135,490 Ctr. Rohtabak und 55,025 Ctr. Fabrikate (darunter waren in 1871/72 36,642 Ctr. Cigarren). Es berechnet sich sonach die jährliche Verarbeitung von Rohtabak auf 1,126,498 Ctr. und der Jahresconsum in Deutschland auf 1,092,551 Ctr. oder auf 3,19 Pfd. pro Kopf der Bevölkerung, ein Consum, welcher in keinem anderen Lande erreicht wird.

## Ver mis ch t e s.

\* Präsidentin Sabn contra Frau Lina Morgenstern. Ein am 8. d. in Berlin stattgehabte sozial-demokratische Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Versammlung faßte, nachdem von allen Rednerinnen hervorgehoben worden, „daß bei der Herrschaft der keine Bildung mehr ist und die Dienstmädchen viel zu anständig zu se sind“, einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung von Arbeiterfrauen und Mädchen protestirt mit Entschiedenheit gegen die Petition des Berliner Hausfrauen-Vereins, welche, dem Kontraktbruch-Gesetzentwurf ähnlich, die Interessen des arbeitenden Volkes schädigen und die Freiheit der Dienstboten illusorisch machen würde.“ Ferner wurde beschlossen, diese Resolution in einer noch größeren Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen und Frau Lina Morgenstern vor das Forum derselben zu stellen.

\* Ueber die Kaiserorgel für den Kölner Dom wird der „Eil.“ aus Köln geschrieben: „Nach einer uns von kompetenter Seite, dem Domkapitelverwalter Voigtel, gekommenen Mittheilung, ist die Kaiserorgel in keiner Beziehung gelungen und die betreffende Kommission nicht in der Lage, dieselbe abzunehmen. Es schweben bereits zwischen hier und Frankfurt Verhandlungen, um einen neuen Fuß vorzunehmen.“

\* Auf einem der höchsten Aeste einer Buche bei Wien fand man kürzlich einen Mann erhängt. Auf einem zweiten Aste neben ihm hing — ein Kattenjäger. In der Tasche des Selbstmörders fand man folgendes Schreiben: „Mein edles Weib hab' ich verloren, mein Geschäft will mich nicht mehr nähren, es blieb mir daher nichts als der treue Hund, der mein Schicksal theilen soll. Theodor Radley von W.-Neustadt.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 22. Mai. Wie es heißt, wäre Widdab Gastein neuerdings für eine Baderkur des Fürsten Bismarck in Aussicht genommen.

## Grabdenkmäler

in Granit, Marmor und Sandstein in größter Auswahl.

## Grabkrenze, Grabgitter

pro Lfd. Fuß schon von 25 Sgr. an,

aus den renommirtesten schlesischen Eisengießereien von bestem Material und tadellosem Guß, in über hundert verschiedenen Mustern und in den verschiedensten Größen.

## Guß zu Bauten.

als gußeiserne Fenster in hundert von Mustern, Treppenhalsgitter, Balkenträger, Consolen, Lustgitter, Gartenmöbel, als: Stühle, Bänke, Tische, Koffstabe, sowie alle in dieses Fach einschlagenden Artikel. Auch übernehme bei Gittern die komplette Aufstellung einschließlich Maurer- und Steinmearbeiten. Muster, Zeichnungen sowie Preiscurant stehen jederzeit zu Diensten.

Posen, Breslauerstraße 38.

H. Klug.

(Beilage.)



## Bekanntmachung.

Das Baden in der Barthe und  
Cybina ist außerhalb der Badeanstalten  
nur an der

### Freibadestelle

gefasst. Dieselbe liegt links von der  
Schwalmstraße, gegenüber der ersten  
Rattajer Biegelei, und ist durch Pfähle  
und Tafeln als „sichere Badestelle“  
bezeichnet.

### Die Pferdeschwemme

beindet sich diesseits der Freibadestelle  
und ist ebenfalls durch Pfähle und  
Tafeln bezeichnet.

Das Baden und Schwimmen an  
anderen Orten innerhalb und außerhalb  
der Stadt, namentlich in der Nähe der  
Ueberfähre zwischen Grabenpforte und  
Städtchen, an dem gefährlichen Warthe-  
ufer längs des Kosenbergischen Holz-  
platzes, Columbia Nr. 6, so wie das  
Ueberqueren der Marken an den Bades-  
stellen, das Umherlaufen Entleider  
am Ufer, — wird nach der Polizei-  
Verordnung vom 1. Juli 1868 mit  
Geldbuße bis zu 5 Thlr. oder verhält-  
nismäßiger Haft geahndet.

Alle Eltern, Vormünder, Lehrherren  
und Pferdebesitzer sind verpflichtet, ihre  
Angehörigen und Diensten auf diese  
Vorschriften aufmerksam zu machen.

Posen, den 20. Mai 1874.

Königlicher Polizei-Direktor.

Standy.

## Bekanntmachung.

Aufkündigung von Kreis-  
Obligationen des Kreises  
Kröben.

Bei der am 12. Januar ex. stattge-  
fundenen Auslosung (vergl.) sind nach-  
stehend bezeichnete Kreis-Obligationen  
des Kreises Kröben gezogen resp. ausge-  
loost worden und zwar:

Lit. B. Nr. 8 über 500 Thlr.  
Lit. C. Nr. 1 18 23 24 über 200  
Thlr.

Lit. D. Nr. 2 7 10 41 über 100  
Thlr.

Lit. E. Nr. 12 17 37 41 45 und  
49 über 50 Thlr.

Die Inhaber dieser Obligationen  
werden aufgefordert dieselben in cours-  
fähigem Zustande, nebst den dazu ge-  
hörigen Coupons den 1. Juli 1874

an der Kreis-Kommunalkasse in Na-  
witz gegen Empfangnahme der Baar-  
zahlung des Nennwerths zurückzuliefern.

Vom 1. Juli 1874 ab findet eine Ver-  
zinsung an Obligationen nicht mehr  
statt.

Die neuen Coupons hinsichtlich aller  
noch im Umlauf befindlichen Obliga-  
tionen können gegen Rückgabe des Ta-  
lons von jetzt ab bei der hiesigen Kreis-  
Kommunalkasse in Empfang genom-  
men werden.

Nawitz, den 14. Mai 1874.

Die Kreisständische

Chaussee-Verwaltungs-

Kommission.

Schopis,

Landrat h.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Kobylitz un-  
ter Nr. 1 belegene, der Pauline Leon-  
tine geb. Traub, Ehefrau des  
Leutnants Johannes Scharffen-  
berg gehörige Grundstück, welches  
mit einem Flächen-Inhalte von 176  
Hektaren, 18 Aren, 70 Quadratstab  
der Grundsteuer unterliegt und mit  
einem Grundsteuer-Reinertrage von  
796 Thlr. 9 Sgr. 10 Pf. und zur  
Gebäudesteuer mit einem Nutzungsw-  
erthe von 121 Thlr. veranlagt ist,  
soll behufs Zwangsvollstreckung im  
Wege der nothwendigen Substation

am Dienstag,

den 23. Juni d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Königl. Kreis-Gerichts  
hier, im Zimmer Nr. 13 versteigert  
werden.

Posen, den 14. März 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substitutionsrichter.

Reut.

Zum Verkauf.

Ein Rittergut. — Kreis

Breschen — 1254 M. incl.

200 M. Wiesen. — Weizen-

In unser Firmen-Register ist heute  
sub Nr. 112 die Firma:

S. P. Cohn

zu Wollstein, und als deren Inhaber  
der Kaufmann Salomon Philipp Cohn  
zu Wollstein zufolge Verfügung vom  
18. Mai 1874 eingetragen worden.

Wollstein, den 18. Mai 1874.

Königliches Kreisgericht,

I. Abtheilung.

In unser Firmenregister ist sub Nr.  
111 heute die Firma:

Th. Wlaslowski

zu Wollstein, und als deren Inhaber  
der Kaufmann Theodor Wlaslowski zu  
Wollstein zufolge Verfügung vom 16.  
Mai 1874 eingetragen worden.

Wollstein, den 16. Mai 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Sandels-Register.

Die in unsern Firmen-Register un-  
ter Nr. 1878 eingetragene Firma:  
Dampfabrik und chemische Waschan-  
stalt Julian Ziemski, deren Nie-  
derlassungsort Posen, ist erloschen.

Posen, den 16. Mai 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen  
des Kaufmanns Joseph Wró-  
blewski in Firma J. Wróblewski zu  
Posen ist der bisherige einstweilige Ver-  
walter, Bankarator Adolph Vichten-  
stein hier, zum definitiven Verwalter  
bestellt worden.

Posen, den 15. Mai 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

In dem Konkurs über das Vermö-  
gen des Kaufmanns Joseph Wró-  
blewski in Firma J. Wróblewski  
zu Posen ist zur Anmeldung der  
Forderungen der Konkursgläubiger noch  
eine zweite Frist bis zum

15. Juni c. einschließlich  
festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche  
noch nicht angemeldet haben, werden  
aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits  
rechtshängig sein oder nicht, mit dem  
dafür verlangten Vorrecht bis zu dem  
gedachten Tage bei uns schriftlich oder  
zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in  
der Zeit vom 30. April c. bis  
zum Ablauf der zweiten Frist ange-  
meldeiten Forderungen ist auf

den 1. Juli 1874,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im  
Konkurs-Bureau Nr. XI. anberaumt,  
und werden zum Erscheinen in diesem  
Termin die sämtlichen Gläubiger  
aufgefordert, welche ihre Forderungen  
innerhalb einer der Fristen angemeldet  
haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich ein-  
reicht, hat eine Abschrift derselben und  
ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in  
unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz  
hat, muß bei der Anmeldung seiner  
Forderung einen am hiesigen Orte  
wohnhaften oder zur Praxis bei uns  
berechtigten auswärtigen Bevollmächtig-  
ten bestellen und zu den Akten anzeigen.  
Denjenigen, welchen es hier an Be-  
kanntschaft fehlt, werden die Rechts-  
anwälte Mügel und Szuman und  
der Justizrath Giersch hier zu Sach-  
waltern vorgeschlagen.

Posen, den 13. Mai 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Oberschlesische Eisenbahn.

(Stargard-Posener

Eisenbahn.)

Die Auslosung der in diesem Jahre  
zu amortisirenden Prioritäts-Obligation-  
en I. II. und III. Emission der Star-  
gard-Posener Eisenbahn, sowie die Ver-  
nichtung der in früheren Jahren aus-  
gelosten und bis jetzt realisirten Priori-  
täts-Obligationen wird

am 6. Juni d. J.

Vormittags 10 Uhr

in unserm Geschäftslokale stattfinden.

Wir bringen dies mit dem Bemerken  
zur Kenntniß, daß Interessenten der  
Zurück zur Auslosung gestattet ist.

Breslau, den 15. Mai 1874.

Königliche Direktion.

Zur größeren Ausdehnung eines gut  
rentablen Annoncenblattes und Buch-  
druckerei wird ein thätiger und unter-  
nehmender Mann mit einer disponiblen  
Einlage von 3-4000 Thalern als  
Kompagnon gesucht. Offerten unter  
Chiffre K. L. befördert die Expedition  
dieser Zeitung.

20,000 Winter

werden sofort zu kaufen gesucht  
und sind Offerten in der Annon-  
cen-Expedition von G. E. Daube  
& Co. in Posen, Wasserstraße 28,  
niederzuliegen.

W naszym rejestrze firmowym za-  
pisano dzisiaj pod Num. 112 firmę:

S. P. Cohn

w Wolsztynie, a jako jej posiadacza  
kupea Salomona Filipa Cohna z  
Wolsztyna na mocy rozporządzenia  
z dnia 18. Maja 1874 r.

Wolsztyn, dnia 18. Maja 1874.

Królewski sąd powiatowy.

Wydział I.

W naszym rejestrze firmowym za-  
pisano dzisiaj pod Num. 111 firmę:

Th. Wlaslowski

w Wolsztynie, a jako jej posiadacza  
kupea Teodora Wlaslowskiego z  
Wolsztyna na mocy rozporządzenia  
z dnia 16. Maja 1874 r.

Wolsztyn, dnia 16. Maja 1874.

Królewski sąd powiatowy.

Wydział I.

Bekanntmachung.

Ein der polnischen Sprache mächt-  
ger im Polzeisfach bewandeter

Bureau-Gehilfe

kann sofort eintreten bei

Hoppenrath,

Polizei-Distrikts-Kommissar

in Stadt Pilehne.

Eine frequente

Gastwirthschaft

im besten Baustande an der Glogau-  
Frankfurter Chaussee in unmittelbarer  
Nähe des Leichenberger Baraden-Lagers  
und Artillerie-Schießplatzes bei Glogau  
gelegen, ist unter günstigen Bedingun-  
gen zu verkaufen.

Näheres bei Gustav Sattig in  
Glogau.

Meine hieselbst unter Nr. 24

belegene Ackernahrung, be-  
stehend aus 84 Magd. Morg.

u. zwar 4 Morg. Wiesen, 68

Morg. Acker, 4 M. Hütung

und 8 Morg. 50 jähr. Kiefern-  
Wald, bin ich Willens mit

Wohn- u. Wirthschaftsgebäu-  
den, dem nöthigen Inventarium

und der ganzen vollständigen  
Ausfaat (die Wirthschaft liegt

in 2 Feldern) für den festen  
Preis von 5000 Thlr. zu

verkaufen, (ohne Inventarium  
500 Thlr. billiger.)

Milaskowo im Kr. Birn-  
baum bei Kwidz, den 14.

Mai 1874.

Samuel Sperling.

Ein altes Restaurations-  
Geschäft ist veränderungslos  
mit sämtlichem Inventarium zu  
verkaufen und von Johann ab zu  
beziehen. Näheres in der Wil-  
helmschalle, Wilhelmplatz 8  
zu Posen.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin,  
heilt Syphilis, Geschlechts- u. Haut-  
krankheiten in d. kürzesten Frist u.  
garantirt selbst in den hartnäckig-  
sten Fällen für gründliche Heilung.  
Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8-1  
und 4-7 Uhr. Auswärtige brieflich.

Geschlechts-  
krankheiten,

Hautkr., Schwächezustände etc.  
auch in ganz veralteten Fällen, wer-  
den brieflich stets mit sicherem  
Erfolge geheilt.

Professor Dr. Harnuth,  
Berlin, Prinzenstrasse 62.

Ich practicire während des  
Sommers wieder in Bad

Reinerz.

Dr. Secchl

aus Breslau.

Für ein junges Mädchen von  
answärts, aus höchst achtbarer Familie,  
welches auch von ihrem hiesigen Prin-  
zipal bestens empfohlen werden kann,  
wird per 1. Juni in einer achtbaren  
Familie Logis mit Mittagstisch oder  
vollständiger Station gesucht. Adr.  
unter Angabe der Preisforderung wer-  
den unter CH. 11 poste restante  
Posen schleunigst erbeten.

20,000 Winter

werden sofort zu kaufen gesucht  
und sind Offerten in der Annon-  
cen-Expedition von G. E. Daube  
& Co. in Posen, Wasserstraße 28,  
niederzuliegen.

Die Posener Actien-Bräuerei „Feldschloss“  
empfiehlt ihre vorzüglichen feinen  
Sommerlagerbiere

und bewilligt bei Abnahme von größeren Quan-  
titäten den möglichst billigen Preis.

Die Direction.

In einer anst. Familie findet ein  
Pensionär liebevolle Aufnahme.  
Adr. sub P. P. post. rest. Posen.

Wegen Aufgabe der Pacht  
soll auf der Königl. Domaine  
Seebrück, Poststat. Dalewo,  
Eisenbahnstation Kosten, das  
sämtliche lebende und todte  
Inventarium

am 22. Juni c.

meistbietend gegen baare Be-  
zahlung verkauft werden.

Wegen Aufgabe meiner  
Pacht werde ich mein sämt-  
liches todttes und lebendes  
Inventarium aus freier Hand  
von heute ab verkaufen und  
war:

circa 400 Mutterschafe,  
150 Hammel,  
300 Zeitvieh,  
320 Kämmer,  
24 Pferde,  
9 Fohlen,  
40 St. Rindvieh,  
38 Schweine.

Dom. Potulin p. Col-  
lancz, Bahnstat. Bialosliwie.

Boetzel.

Circa 100 Stück 2. und 3jährige  
Kammwoll-Hammel

stehen, bei Abnahme nach der Schur,  
zum Verkauf auf dem Gute Klug-  
witz bei Paszkow a. d. Ostbahn.

Eisspinde

in bester Construction halten  
in allen Größen auf Lager.

S. Kronthal & Söhne,  
Wilhelmsplatz Nr. 7.

Echte fuchtenlederne, wasserdichte  
Stiefeln, ziegenlederne, kalblederne,  
krotdillelederne u. Chevreau-Herren-  
Gamaschen, sowie eine große  
Auswahl sehr schön verfertigter Da-  
menschuhe empfiehlt zu ermäßigten  
Preisen.

A. Dzierzkiewicz,  
Schuh- u. Stiefelfabrikant.

10. Wilhelmsplatz 10.

Teppiche,  
Tischdecken,  
Gardinen,  
Möbel- und Portieren-  
Stoffe,  
Läufer,  
Schlafdecken

empfiehlt in nur guten Quali-  
täten zu billigem Preise

F. W. Mowes,  
Markt 56.

Gartenmöbel

in neuestem Geschmack und  
größter Auswahl empfehlen

S. Kronthal & Söhne,  
Wilhelmsplatz Nr. 7.

Eis

empfiehlt die Conditorei

H. Moszeński,

11. Große Ritterstraße 11.

Frischer Marzipan, gefüllte  
Früchte: Bratschke Nr. 1, 1 Tr. bei  
Pauline Conzer.

200 starke junge Hammel und  
200 junge zur Zucht sich eignende  
Mutterschafe  
verkauft Dom. Zessel, Kreis Dels  
(Bahnhof Dels), Schlesien.



Die Bod-Auction in der Stammschäferei  
Sillginnen,

schwere langwollige Fleischschafe, Gewicht 12 Monat alter  
Böcke bis 150 Pfund,

findet den 28. Mai c., Nachmitt. 2 Uhr, statt.

Sillginnen liegt 1/2 Meile von Bahnhof Skandau  
(Thorn-Insterburger Bahn).

Programme werden auf Verlangen vom 10. Mai ab  
verandt.

Die Actien-Gesellschaft Portland-  
Cement-Fabrik Cammin-Grinstow  
in Cammin in Pommern

empfiehlt den Herren Baubeamten, Bauunternehmern und Cement-Handlern ihr  
ganz vorzügliches Fabrikat und bittet gefällige Aufträge an ihren für den Ver-  
kauf bestellten Vertreter

Herrn W. Koch in Stettin

Gr. Ritterstr. 8,

gelangen zu lassen.

Parquet-Fußböden und Mosaitplatten

in schönen Mustern und dauerhafter Arbeit halten stets  
auf Lager und empfehlen dieselben zu soliden Preisen.

S. Kronthal & Söhne,  
Wilhelmsplatz 7.

Schlosser-Bau-  
Arbeiten.

Fabrik  
von (H 12299)

Schmiedeeisernen  
Ornamenten.

F. A. Sanisch,  
Berlin, Drantienstraße 172.

Engl. Schafscheeren

empfiehlt die Eisenhandlung von

F. Oberfeld & Comp.

Geschliffene Glaswaaren,

namentlich alle Sorten Wasser-, Wein-, Liqueur- und  
Biergläser liefert in feiner weißer Qualität, zu sehr bil-  
ligen Preisen den Herren Wiederverkäufern die Fabrik

Amalienhütte per Kandrzin O.-S.

Den geehrten Weinkennern empfehle ich von meinen  
als vorzüglich anerkannten

Bordeaux-Weinen

als besonders preiswerth:

Medoc St. Julien à Fl. 10 Sgr.,  
Chât. d'Aux " " 15 " "  
Chât. L'arose " " 22 1/2 " "

Rhein- und Moselweine

in schöner, reiner Qualität à Fl. von 9 Sgr. an, gute  
Tischweine à Fl. 15-20 Sgr.

Julius Buckow,  
Hôtel de Rome.



